

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Inseptionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!

## Uebersicht.

**Deutschland.** Frankfurt a. M. Die Bundesversammlung. Schreiben v. Gagern's an den Fünfziger-Ausschuß. + Frankfurt a. M. Nationalversammlung. Dresden. Das Promemoria der Bundesversammlung. Die Stadtkommandantenschaft. ++ Dresden. Deutscher Verein. Die Steuerzahlung. Die Vereine. \*Leipzig. Deutscher Verein. \*+ Leipzig. Religiöse Feier für Genossen aller Confessionen. München. Landtag. München. Graf v. Bothmer. Gesetze. Hannover. Landtag. — Ostfriesische Volksversammlung. Karlsruhe. Landtag. Der Großherzog. Heidelberg. Die H. H. Rapp und Dinger. Darmstadt. Hr. v. Gagern. \*Altona. Der Krieg. Die provisorische Regierung. Die Wahlen. — Die Vorgänge in Schleswig-Holstein. — Die deutschen Fahnen in Limburg. R. Altenburg. Sührungen und Erceffe. Eutin. Die In- sten. Vom Caanus. Niederbrennen von Waldungen. \*Frankfurt a. M. Schlägerei. Sicherheitsmaßregeln. Frankfurt a. M. Ansprache des Senats.

**Preußen.** ++ Berlin. Die Nationalversammlung. Die Stadtverordnetenwahlen. Bezirksclubs. Berlin. Das Regiment Kaiser Franz.

**Oesterreich.** Wien. Eine Sturm-Petition. Δ Wien. Concessionen. Das Ministerium. Der Bankgouverneur. Δ Wien. Abgang des Ministeriums. Der Hofkriegsrath. Hr. Lederer. Die Arbeiter. V. Wien. Volksdemonstration. — Aufruf der Studenten. Prag. Das Nationalcomité.

**Handel und Industrie.**  
**Ankündigungen.**

## Deutschland.

Frankfurt a. M., 17. Mai.

Sitzung der Bundesversammlung am 16. Mai. Deffentliche Erklärung der deutschen Bundesversammlung. Die Bundesversammlung glaubt es der Sache und sich selbst schuldig zu sein, die Mißdeutungen, welche in Folge der Verhandlungen des Fünfziger-Ausschusses ihr Verfahren hinsichtlich des Separatprotokolls vom 4. Mai erlitten hat, nicht mit Stillschweigen zu übergehen. Die Bundesversammlung weist jede Verdächtigung, als wollte sie die freie Entwicklung eines einigen kräftigen Deutschlands hemmen, aufs offenste und feierlichste zurück. Das Promemoria, welches der Bundesversammlung vorgelegt worden war, wurde, ohne ein Urtheil über dessen einzelne Sätze auszusprechen, als Aeußerung eines Einzelnen der Bundesregierungen zur gutfindenden Kenntnisaahme (d. h. zur beliebigen, nicht zur guttheilenden Kenntnisaahme, wie dies Wort umgestaltet worden ist) mitgetheilt, indem dasselbe nach der Ansicht des Revisionsausschusses, theilweise wenigstens, Bemerkungen und Andeutungen enthält, deren Berücksichtigung sich empfehlen dürfte. Zur Aufnahme in das öffentliche Protokoll wurde das Promemoria nicht geeignet gefunden, weil es bei Gelegenheit einer Instruction, die sich die Bundestagsgesandten von ihren Regierungen erbaten, zur Vorlage kam. Die Bundesversammlung unterwirft in dieser wie in allen andern Angelegenheiten alle ihre Handlungen ruhig der unbefangenen Beurtheilung des deutschen Volkes und seiner Vertreter und übernimmt jede Verantwortung hierfür. Die auf diesen Gegenstand sich beziehenden Actenstücke werden besonders abgedruckt werden.

Folgende neue Bundestagsgesandten nahmen in der Bundesversammlung ihren Sitz ein: für Sachsen-Koburg-Gotha Geheimrath Baron v. Stockmar, für Sachsen-Meiningen Prof. Dr. Perthes, für Sachsen-Weimar und Altenburg Landmarschall Geheimrath v. d. Gabelenk. Die Curiaatstimme für diese Staaten führt v. d. Gabelenk. Ein Schreiben des Generals v. Wrangel vom 11. Mai berichtet über dessen Correspondenz mit dem Befehlshaber der dänischen Flotte wegen Beschließung der Stadt Middelfarth. Ein Schreiben der Regierung von Rakeburg, in Betreff der Stellung des Contingents des Herzogthums Rauenburg zum zehnten Armeecorps, wird an den politischen Ausschuß verwiesen. Der preussische Gesandte zeigt an, daß statt des zum Generalmajor ernannten Obersten From der Generalmajor v. Peuker zum Bevollmächtigten bei der Militaircommission ernannt worden sei. Dem Antrage der kurhessischen Regierung, daß die in Baden stationirten kurhessischen Truppen so schleunig wie möglich zurückgezogen werden dürfen, theils um das Contingent mobil machen zu können, theils um Unruhen im dortigen Lande zu begegnen, wird durch eine entsprechende Weisung an den Oberbefehlshaber des siebenten und achten Ar-

meecorps unter der Voraussetzung, daß keine besondern Umstände obwalten, entsprochen. Der Gesandte von Braunschweig bringt die Ansichten dieser Regierung über Ausführung der Deffentlichkeit der Bundestagsitzungen zur Kenntniß; hiernach soll über alle Verfassungsangelegenheiten öffentlich in pleno berathen, eine Majorität von zwei Dritteln der Stimmen zur Beschlußfassung für genügend gehalten und in einer zu entwerfenden Geschäftsordnung das Weitere bestimmt werden. Dieser Vortrag wird an den Revisionsausschuß verwiesen.

Frankfurt, 16. Mai. Die hier anwesenden Mitglieder der constituirenden Versammlung hielten heute Nachmittag eine Zusammenkunft im Kaisersaale. Zuerst theilte der Alterspräsident folgendes Schreiben der fürstlich Laxis'schen Generaldirection mit:

Den zur deutschen constituirenden Versammlung erwählten Herren Abgeordneten, deren Zusammentritt durch Protokollveröffentlichung bekannt gemacht worden ist, beehrt sich die unterzeichnete Generalpostdirection anzuzeigen, daß, gemäß Verfügung Sr. Durchl. des Fürsten von Thurn und Taxis vom 29. v. Mts., für die hohe constituirende Versammlung und deren Mitglieder während der Dauer der Verhandlungen und des Aufenthalts in Frankfurt die Briefportofreiheit auf allen unter fürstl. Thurn und Taxis'scher Verwaltung stehenden Posten eintreten wird. Der zu diesem Zweck an die Poststellen ergehenden Anweisung gemäß werden daher die Correspondenzen der hohen Versammlung und der Mitglieder derselben vom 18. l. M. an nur derjenigen Portozahlung unterliegen, welche von andern Postadministrationen etwa in Anspruch genommen werden sollte. In dem unterzeichneten Stelle bittet, hiervon die hohe constituirende Versammlung in Kenntniß setzen zu wollen, hat sie zu bemerken die Ehre, daß gleich der unter der Adresse von Versammlungsmitgliedern ankommenden Correspondenz die von denselben abzusendenden Briefe auf den fürstl. Posten portofreie Beförderung erhalten, wenn sie auf der Adresse mit der Bezeichnung „(N. N.) frei 0“ und der Namensangabe der Absender versehen und dadurch als von Versammlungsmitgliedern aufgegeben zu erkennen sein werden. Die unterzeichnete Generalpostdirection erlaubt sich noch, den Wunsch auszusprechen, von den Namen und hiesigen Wohnungen der Mitglieder hoher Versammlung gefällige Mittheilung zu erhalten, um die genaue Befolgung der nöthigen dienstlichen Anordnungen sichern zu können. Frankfurt a. M., den 13. Mai 1848. Fürstlich Thurn und Taxis'sche Generalpostdirection. (Geg.) Dörnberg. — An die verehrlichen zur Zeit anwesenden Mitglieder der deutschen constituirenden Versammlung dahier.

Dann wurde durch Hr. Biedermann der wegen des Druckes der stenographischen Protokolle abgeschlossene Vertrag zur Sprache gebracht und aus dem dreifachen Gesichtspunkte möglichst rascher, vielseitiger und wohlfeiler Verbreitung beleuchtet. Nach einer Debatte, an welcher besonders die H. H. Wigard und Hasler Theil nahmen, wurde eine aus den genannten drei Mitgliedern bestehende Commission beauftragt, bei der nächsten Zusammenkunft, morgen Vormittag 11 Uhr, darüber zu berichten. Die Frage, ob die constituirende Versammlung in der Paulskirche am 18. Mai eröffnet werden solle, führte zu einer längeren Erörterung, da einerseits die Eröffnung unter allen Umständen verlangt, andererseits die Anwesenheit von wenigstens der Hälfte aller gewählten Mitglieder als erforderlich erachtet wurde. Die Entscheidung hierüber wurde auf morgen Abend 7 Uhr ausgesetzt.

— Das in der Sitzung des Fünfziger-Ausschusses am 12. Mai (Nr. 137) verlesene Schreiben des großherzogl. hessischen Ministers Heinrich v. Gagern lautet: Darmstadt, 11. Mai 1848. An den Herrn Präsidenten des Fünfziger-Ausschusses zu Frankfurt. Der Unterzeichnete, Mitglied des Vorparlaments, hat Kenntniß erhalten von den Verhandlungen, welche der Fünfziger-Ausschuß über das Separatprotokoll der 47. Sitzung der Deutschen Bundesversammlung gestern gepflogen hat. Er findet sich dadurch zu folgender Mittheilung veranlaßt: 1) Dem Herrn Präsidenten ist als meine Ansicht bekannt, daß ich den am 3. Mai gefaßten Bundesbeschluß wegen Bildung einer Bundescentralbehörde zur Ausübung der Executivgewalt, abgesehen von der Modalität dieses Beschlusses, für verspätet ansehe. Dessen Ausführung könnte vermuthlich und im günstigsten Falle der Beeilung nur mit der Constituirung der Nationalversammlung zusammenfallen; dann aber darf eine solche Maßregel nur im Einverständnisse mit der Nationalversammlung getroffen werden. Die großherzogl. hessische Regierung wird in diesem Sinne, die Ausführung jenes Beschlusses ablehnend, instruiren. 2) Das Promemoria des großherzogl. hessischen Bundestagsgesandten, welches in der 47. Sitzung der Bundesversammlung verlesen wurde, ist an diese und vorher an den Revisionsausschuß gelangt, ohne daß die großherzogl. hessische Regierung davon Kenntniß hatte, ohne Instruction also von ihrer Seite. Die darin ausgesprochenen Ansichten, so- wol über den Beruf und die Competenz der constituirenden Nationalvera-

48

liche Gallien der Schweiz ersten W...  
des seit dem...  
literatur...  
1847 und die...  
nsystem...  
slagen. In...  
Europas...  
auf Deut...  
Zweite...  
de trai...  
16 Ngr...  
15 Ngr...  
2 vol...  
des ge...  
1812...  
1846-47...  
chirurg...  
des ge...  
1812...  
1846-47...  
chirurg...  
des ge...

sammlung als über die Stellung der Regierungen zu derselben, sind keineswegs die Ansichten der hessischen Regierung, welche sie vielmehr mißbilligt und von welcher eine officielle Erklärung darüber ohne Zweifel sofort erfolgen wird. 3) Aus ad 1 geht hervor, daß die Bundesbeschlüsse vom 3. und 4. Mai keinerlei absichtliche und sich ergänzende Beziehung im Sinne der großherzogl. hessischen Regierung zu einander haben können. Genehmigen Erw. Hochwohlgeboren die Versicherung vorzüglichster Hochachtung. (Gz.) S. Sager.

+ **Frankfurt a. M., 17. Mai.** Die Eröffnung der großen Maiversammlung wird wol morgen stattfinden, obgleich erst ein Theil der Abgeordneten sich hier eingefunden hat. Man will dennoch beginnen, weil die Augen des ganzen deutschen Volkes jetzt fragend, hoffend und bittend nach Frankfurt gerichtet sind, und Jedermann sich nach einer endlichen Gestaltung der Dinge sehnt. Nicht Wenige wollen sogar Ruhe um jeden Preis, sie erkaufen sie vielleicht mit der Freiheit. Erschlafftes Geschlecht, was der Zukunft auch nicht das kleinste Opfer bringen will! Aber fürchtbar ernst ist die Zeit, und wenn die alte und reiche Krönungsstadt sich auch gar bunt ausgeputzt hat zum festlichen Empfange der Vertreter der Nation, so ist doch auf gar manchem Gesichte zu lesen, daß der Handel stockt und noch täglich ungeheure Verluste eintreten. Aus Aller Munde hört man die große Frage: Wird die constituirende Versammlung ihre Aufgabe lösen? In den gebildeten Kreisen wird sie verneint, doch fehlt es auch nicht an Solchen, die widersprechen. Unter den Abgeordneten gibt sich, so weit es sich im geselligen Verkehre zeigt, eine ungeheure Verschiedenheit der Ansichten über die Hauptfragen der Reform zu erkennen, und nur darin scheint man einverstanden, daß Niemand einen erblichen Kaiser zu dem Reichsparlament, zu den vielen Fürsten und Kammern will. Die Oesterreicher und Preußen vertheidigen jene Idee der Vertrauensmänner nur unter der Voraussetzung, daß ihre Fürsten die neue Kaiserkrone davontragen, alle sind darin einverstanden, daß sich der Preußen nimmermehr den Kaiser von Oesterreich, noch der Oesterreicher den König von Preußen würde gefallen lassen. So darf diese Idee trotz aller Zeitungsartikel wol als todt gelten, sie ist es auch sicher in der Meinung des Volks. Dagegen offenbart sich über die Organisation der Reichsgewalt der größte Zwiespalt unter den Politikern innerhalb und außerhalb der Versammlung. Fast Alle wollen eine möglichste Kräftigung der Bundesgewalt; aber wie verschieden sind die Mittel und Recepte, mit denen man Germania von ihrer schweren Geburt erlösen will! Da sind nur Wenige, die einsehen, daß man einen wunderschönen Entwurf ausfinden und per majora in der Maiversammlung durchbringen kann, daß aber damit das Wesentliche noch nicht erreicht ist, die Zustimmung des Volkes. Nicht nur auf die Bedürfnisse, sondern auch auf die Meinungen, sogar auf die Vorurtheile, auf die ganze Anschauung des Volks muß der neue Bau berechnet sein, wenn man will, daß er daure und nicht eine bloße Speculation bleibe, wie die weiten Constitutionsentwürfe der ersten französischen Republik. Darum ist es nicht gut, daß die constituirende Versammlung fast nur aus Gelehrten und Männern der Feder zusammengesetzt ist, nur Wenige von ihnen kennen, wie die großen Massen denken und fühlen, die doch eigentlich das Volk bilden und sich gegenwärtig keineswegs mehr als bloße Werkzeuge behandeln lassen, an denen der Gelehrte seinen Wisz übt. Der Hauch der Freiheit durchdringt die ganze Gesellschaft bis in die untersten Schichten. Das Volk hat den Gehorsam verlernt und wird sich keiner papierernen Verfassung fügen, die seinen Wünschen und Meinungen widerspricht.

**Dresden, 18. Mai.** Man beschäftigt sich in diesen Tagen viel mit der Frage, welche Stellung unsere Regierung zu dem in der Sitzung der Bundesversammlung vom 4. Mai verlesenen Memoriam einnehme. Wir sind in den Stand gesetzt, hierüber aus sicherer Quelle mitzutheilen, daß dasselbe in keiner Weise aus Instructionen der königl. sächsischen Regierung hervorgegangen ist oder als Ausdruck der Ansichten derselben betrachtet werden kann. Auch ist es bekannt, daß der königl. sächsische Bundestagsgesandte am 1. Mai abberufen worden und sein Nachfolger am 4. Mai noch nicht in Frankfurt a. M. angekommen war. — Der Generalmajor und Brigadier der Infanterie v. Buttlar ist der bisherigen Geschäftsführung eines Gouverneurs der hiesigen Residenz enthoben und der Commandant des Leibinfanterie-Regiments, Oberst v. Schulz, unter Beilegung des Charakters eines Generalmajors der Infanterie, zum Stadtcommandanten von Dresden mit der Bestimmung ernannt, daß die Dienstverrichtungen, welche bisher dem Gouverneur oblagen, nun mit auf den Stadtcommandanten übergehen sollen. (D. Z.)

++ **Dresden, 18. Mai.** Der Deutsche Verein, welcher am 16. Mai seine dritte Hauptversammlung unter Dr. Bauer's Vorsitz im Saale des Odeum hielt, beschäftigte sich neben unwichtigern Fragen vorzüglich mit dem erblichen Kaiserthum für Deutschland. Der Advocat Pöschel, der das Referat übernommen, bekämpfte die Zweckmäßigkeit eines solchen Oberhauptes; allein mehre Sprecher, unter denen Prof. Müller, Lehrer Dr. Schäfer, Hofrath Schulz sich ausführlicher

über den Gegenstand verbreiteten, nahmen, allerdings jeder wieder mit besondern Modificationen, das erbliche Kaiserthum in Schutz. Man wollte durch einen Antrag die Versammlung zu einer Abstimmung veranlassen; doch dieselbe wurde abgelehnt, weil man den Gegenstand in einer zweiten Versammlung besprechen wolle. Die Physiognomie der Debatte war theils eine deutschgründliche, den historischen Boden festhaltende, theils eine mittelalterlich-romantische, die den Charakter der jetzigen Zeit wegzuphantasiren versuchte. In der nächsten Versammlung werden wahrscheinlich die Schlagfertigen, welche wegen eingetretenen Waffenstillstandes in ihr Lager ziehen mußten, die historischen Schanzgräben und kaiserlichen Burgen mit den Waffen der Jetztzeit zu stürmen suchen. — Der Ruf zur Vorausbezahlung der Einkommensteuer hat bereits erfreuliche Früchte getragen; viele der Zahler haben auf Abrechnung oder Gutrechnung bei Erhebung der Steuer selbst Verzicht geleistet. — Ueber die Vereinigung des Vaterlandsvereins und des Deutschen Vereins wird eine aus beiden Vereinen ernannte Deputation berathen.

⊕ **Leipzig, 18. Mai.** Die heutige Versammlung des Deutschen Vereins war wegen der Messe weniger zahlreich als sonst. Der Vorsitzende, Dr. Götsche, eröffnete die Versammlung mit einer Hinweisung auf die Eröffnung der constituirenden Nationalversammlung in Frankfurt a. M., welche auf den heutigen Tag angefest gewesen sei und zu deren Feier der Vaterlandsverein, der Deutsche Verein und der Preussencub ein gemeinsames Fest im Tivoli am 20. Mai veranstalten werden. Sodann wies er auf den gleichzeitig fallenden Beginn des sächsischen Landtags hin und brachte dem constitutionellen Könige ein dreimaliges Hoch, in welches die Versammlung einhellig einstimmte. Die Erwähnung, daß zwei zur frankfurter Nationalversammlung reisende Abgeordnete Oesterreichs, die H. v. Kalchberg und Kolaczek aus Teschen, in der Versammlung anwesend seien, gab derselben Veranlassung, diese mit freudigem Zurufe zu begrüßen. Hierauf erwähnte Dr. Klee die Adressen an die Magyaren, Oesterreicher und siebenbürgischen Sachsen (Nr. 137), welche der Deutsche Verein in seiner letzten Sitzung angenommen hatte, und von denen Exemplare auf der Expedition des Vereins für Diejenigen ausliegen, welche sie nach Oesterreich und Ungarn verbreiten wollen. Zur kräftigen Unterstützung der deutschen Flotte auffordernd hielt Hr. Steegmann aus Hamburg einen längern Vortrag, in welchem er die Gemeinnützigkeit einer solchen für ganz Deutschland, nicht bloß für die Seestädte und deren Handel nachwies. Der vom Dr. Friede eingereichte Antrag, daß der Deutsche Verein in einer Adresse an das Parlament zu Frankfurt sich dahin aussprechen möge, daß er unter den obwaltenden Umständen die Einsetzung eines erblichen Kaisers mit der Ruhe, Sicherheit und dadurch auch mit der gedeihlichen Entwicklung Deutschlands für unvereinbar erachte, wurde vom Vorsitzenden gleich bei seiner Vorlegung als formell dem Programm und Wahlmanifeste widersprechend bezeichnet. Der Antragsteller aber begründete seine Ansicht in einem mit vieler Wärme gesprochenen Vortrage. Er fand das erbliche Kaiserthum unvereinbar mit den verschiedenen Parteien in Deutschland, von denen mehre offen die Republik oder wenigstens ihre allmälige Heranbildung wünschten. Es sei deshalb ein zu gewaltsamer Eingriff in die jetzige Entwicklung Deutschlands, und deshalb müsse man dem Parlament erklären, daß und warum man keinen erblichen Kaiser wolle.

Adv. Kaim unterstützte den Antrag, aber aus andern Gründen, als der Redner angegeben, indem er auf den Zielpunkt der Entwicklung Deutschlands zu einem Gesamtstaate hinwies und fürchtete, derselbe werde verrückt werden, wenn der Widerstand Oesterreichs und Preußens gegen ein erbliches Kaiserthum, welches ja nur Einem Fürstenhause zufallen könne, Zwietracht unter uns bringe. Hr. G. Wigand erklärte sich für einen erblichen Kaiser, sprach aber aus formellen Gründen gegen den Antrag, indem er namentlich hervorhob, daß eine so theoretische Frage hier zur Abstimmung zu bringen sehr bedenklich sei. Dr. Kaiser verwahrte sich dagegen, daß durch Programm und Wahlmanifest dem Vereine das Recht zu bitten genommen sei, und unterstützte den Antrag namentlich durch die Hinweisung, daß in der Geschichte Deutschlands nichts weniger als das erbliche Kaiserthum begründet sei; es müsse sich Deutschland auf der Nationalsovereinität seine Zukunft erbauen, und auf diesem Boden müßten die Fürsten mit dem Volke zusammenstehen. Prof. Flathe leitete Deutschlands politische Erniedrigung aus dem Mangel eines Erbkaiserthums ab, und behauptete alsdann die Vereinbarkeit desselben mit einer auf breiterer demokratischer Grundlage ruhenden Verfassung. Er entwickelte, wie das Wort Republik (öffentliche Angelegenheit — Staat im römischen Wortsinne) leer sei, wie man die Bedeutung erst hineintragen müsse und daß man gegenwärtig den Begriff der Freiheit, der Volkssouvereinität damit verbinden müsse. Hierin sei sie der erblichen Monarchie nicht widersprechend, denn sie könne mit einem Parlamente mit gesetzgebender Gewalt bestehen. Im Interesse der Einheit sei das erbliche Kaiserthum das Wünschenswerthe, darum stimme er gegen den Friede'schen Antrag.

Einige  
chene Rede  
den Antrag  
Antrag du  
gen, wo m  
Zwei Abst  
schlug der  
Antrag als  
Deutschen  
Verhandlung  
materielle  
wird ihn a

\*+ **Leipzig**  
Religionsbe  
des Parlam  
wollen aller  
Besuch un  
rahe geneh  
rückgewies  
haupt öffent  
das Gesuch  
berichtet, u  
Ministerium  
voraussetze  
ten, und au  
an dieser Fe  
doch unter  
gen" — E  
mals unmit  
macht, daß n  
beabsichtige  
dringend bitt  
der thätigen  
feier (wie r  
der Nikolait  
um so mehr  
als der Ber  
den hochwicht  
in Beziehun  
Zweck haben  
allen Confess  
lands entsche  
durch ein gl  
zu Einer Fest  
Bemühtigke  
Bürger auch  
deshalb den  
dürften.

Wenn d  
Feier nur in  
und sich des  
die Räume  
beanspruchen  
der kirchliche  
man darin,  
israelitischer  
schen spräche  
lich, daß ein  
Anstoß fänd  
gleiche Recht  
bige eben du  
zu beschreie  
Pflicht einer

**Münch**  
langte gester  
ten bis Artil  
je einem Ab  
fung mit gr  
Wahlen; An  
lassung der  
für nichtchrist  
5 und 6 des  
daran vorgef  
ger's Anträge  
passiven) fest  
seitigung jed  
halten an ein  
bairischen D  
ist gestern al  
bei dem Kön

Einige Berichtigungen waren durch diese mit Begeisterung gesprochene Rede hervorgerufen. Nach denselben trug Dr. Köppler darauf an, den Antrag etwas milder zu fassen, und Hr. Hagen bevorwortete den Antrag durch Hinweis auf die in Berlin soeben gemachten Erfahrungen, wo man eben nur den König von Preußen zum Kaiser bestimmte. Zwei Abstimmungen ergaben kein überzeugendes Resultat, und deshalb schlug der Vorsitzende vor, daß Dr. Fricke einverstanden sein möge, seinen Antrag als Petition zu formuliren und denselben in der Expedition des Deutschen Vereins zur Unterzeichnung auszulegen. Nach mehrfacher Verhandlung hierüber, welche aus der formellen Frage wiederum in die materielle zu gerathen drohte, zog Dr. Fricke seinen Antrag zurück und wird ihn als Petition gefaßt zur Unterzeichnung auslegen.

\* Leipzig, 19. Mai. Der hiesige kirchliche Verein für alle Religionsbekenntnisse hatte beschlossen, den gestrigen Tag der Eröffnung des Parlaments zu Frankfurt a. M. durch eine religiöse Feier für Gesessenen aller Religionsgemeinschaften festlich zu begehen. Da aber das Gesuch um Ueberlassung der hiesigen Nikolai-Kirche, obschon vom Stadtrathe genehmigt, vom Superintendent Dr. Großmann entschieden zurückgewiesen wurde, ist der gestrige Tag ohne alle kirchliche, ja überhaupt öffentliche Feier vergangen. Zugleich aber hatte Dr. Großmann das Gesuch des Vereins an die in evangelicis beauftragten Minister berichtet, und diese darauf beziehend geantwortet: „daß das königl. Ministerium, wenn der Verein noch auf seinem Vorsatze beharre, dabei voraussetze, daß die Vertreter der Gemeinde nichts dagegen einzuwenden, und auch unter dieser Voraussetzung nicht entgegen sein wolle, daß an dieser Feier der deutsch-katholische und israelitische Prediger — „jedoch unter gänzlicher Enthaltung von Vornahme liturgischer Handlungen“ — Theil nehmen.“ Hierauf hat nun der kirchliche Verein abermals unmittelbar an das Ministerium sich gewendet, hat geltend gemacht, daß man keine eigentlich kirchliche Feier mit liturgischen Handlungen beabsichtige, Kanzel und Altar der Kirche nicht beanspruche, allein auch dringend bitten müsse, das die ganze Feier grundtätlich aufhebende Verbot der thätigen Theilnahme anderer Confessionen an einer rein religiösen Festfeier (wie man dieselbe nunmehr den 21. Mai Nachmittags 5 Uhr in der Nikolai-Kirche abzuhalten beabsichtige) zurückzunehmen. Man ist nun um so mehr gespannt auf die zweite Entscheidung der Staatsregierung, als der Verein, wenn er durch eine That, durch eine religiöse Festfeier, den hochwichtigen Gedanken Allen zum Bewußtsein bringen will, daß in Beziehung auf den Staat die Glieder aller Confessionen nur Einen Zweck haben; — wenn er das ungewohnte, große Ereigniß, daß aus allen Confessionen gewählte Volksvertreter zu einer die Zukunft Deutschlands entscheiden sollenden politischen Versammlung zusammen kommen, durch ein gleiches thätiges Zusammenwirken verschiedener Confessionen zu Einer Festfeier begehen will, allerdings etwas Ungewöhnliches, aber so Vernünftiges beantragt, daß der Staat wol dazu beitragen sollte, seine Bürger auch an Einigkeit der Confessionen zu gewöhnen, ohne daß sie deshalb den Untergang der eignen Kirche und des Christenthums fürchten dürften.

Wenn dabei der Verein von der Ansicht ausgeht, daß eine religiöse Feier nur in einer Kirche würdig und ungestört gefeiert werden könne, und sich deshalb unter Zustimmung der Gemeinde für einige Stunden die Räume einer hiesigen Kirche erbittet, ohne Kanzel und Altar zu beanspruchen, so müßte man doch einen sehr äußerlichen Begriff von der kirchlichen Heiligkeit eines christlichen Gotteshauses haben, wenn man darin, daß etwa ein christlicher deutsch-katholischer oder auch ein israelitischer Prediger in derselben ein Gebet an den Gott aller Menschen spräche, eine Entheiligung des Gotteshauses sehen sollte. Möglich, daß einige engherzige, confessionell beschränkte Gemüther daran Anstoß fänden; allein gerade solche in ein freies, allen Confessionen gleiche Rechte gewährendes Staatsleben nicht hineinpassende Altgläubige eben durch Genehmigung einer derartigen Festfeier eines Besseren zu belehren, wäre doch wol nicht bloß ein Recht, sondern sogar eine Pflicht einer aufgeklärten kirchlichen Behörde.

München, 16. Mai. Die Kammer der Abgeordneten gelangte gestern bei Berathung des Gesetzes über die Abgeordnetenwahlen bis Artikel 6. Die Resultate waren Festsetzung des Maßstabs von je einem Abgeordneten auf 31,500 Seelen statt auf 35,000; Verwerfung mit größter Mehrheit eines Antrags von Stockinger auf directe Wahlen; Annahme eines Zusatzes (von Stockinger) zu Artikel 4, Weglassung der Worte „und sein heiliges Evangelium“ in der Eidesformel für nichtchristliche Wahlmänner betreffend; dann Annahme der Artikel 5 und 6 des Regierungsentwurfs nach Verwerfung der vom Ausschuss daran vorgeschlagenen Abänderungen. So fielen denn auch Stockinger's Anträge auf Herabsetzung des für die Wahlfähigkeit (activen und passiven) festzusetzenden Alters von 25 Jahren auf 21, sowie auf Befreiung jedes Census. Die Stimmung der Landeigenthümer für Festhalten an einem Census zeigt sich immer entschiedener. — Einer der bairischen Offiziere, die nach Schleswig gingen, Graf v. Bothmer, ist gestern als Kurier hier eingetroffen und hatte noch gestern Audienz bei dem Könige. Wie ich höre, bezieht sich seine Sendung auf die von

Dänemark gemachten Friedensvorschläge. — Das Gesetzblatt enthält die beiden Gesetze über die Behandlung neuer Gesetzbücher und über die freiwillige Anleihe, sodas dieselben nunmehr in Gesetzeskraft übergegangen sind. (Bair. Bl.)

Hannover, 17. Mai. In der heutigen Sitzung der I. Kammer wurde, nachdem ein Beschluß der II. Kammer, die Verhältnisse der durch Ablösung frei gewordenen Höfe betreffend, und ein Gesetzentwurf, das Verfahren in Polizeistrassachen betreffend, angenommen war, von dem Landrath v. Gramm eine Anfrage über die Natur der Nationalversammlung in Frankfurt gestellt, und gab der Ministerialvorstand Graf v. Bennigsen des Weiteren Aufschluß, worauf die Kammer durch allgemeines Aufstehen ihre Beistimmung zu den von der Regierung in dieser Hinsicht gehegten Ansichten zu erkennen gab. Der Gesetzentwurf über Beseitigung des befreiten Gerichtsstandes sowie der wegen Befreiung des Consistorialgerichts wurden in erster Abstimmung angenommen. Der Beschluß der II. Kammer wegen Veräußerlichkeit des ländlichen Grundbesitzes wurde mit Dissens von drei Stimmen angenommen. Der Beschluß der II. Kammer wegen Prüfung der Rechts-candidaten wurde abgelehnt. — In der heutigen Sitzung der II. Kammer stellte der Abg. Merz folgenden Antrag: Stände wollen der Regierung äußern, sie wolle bei Verleihung von Klosterplätzen und Expectanzen für die in althannoverschen Provinzen befindlichen Damenstifter auch im Königreiche Hannover geborene, ehrbare und unverehlichte Töchter katholischer Religion berücksichtigen. Es folgte darauf die zweite Berathung über die Suspension der Gewerbeordnung, und wurde beschlossen, die Gewerbeordnung an eine einseitige Commission von sieben Mitgliedern dieser Kammer zu verweisen, wodurch der erste Beschluß von vorgestern beseitigt war. Nächstdem stellte der Abg. Widies eine Anfrage wegen der frankfurter Versammlung, worauf Ministerialvorstand Stüve eine ausführliche Erläuterung gab. (S. 3.)

— In der allgemeinen ostfriesischen Volksversammlung zu Eschen bei Aurich wurde am 10. Mai eine Petition beschlossen und unterzeichnet, in welcher bei der Ständerversammlung beantragt wird: Die sofortige Aufhebung des Schulgesetzes vom 25. Mai 1845 und Wiederherstellung des status quo vor Erlassung des letztern, bis zur Emanirung eines neuen Schulgesetzes, begründet auf den Grundprincipien der Emancipation, a) von der alleinigen absoluten Aufsicht des Ortspredigers, und anstatt deren Anordnung einer andern zweckmäßigen aufsehenden Behörde, in welcher Prediger und Schullehrer eine beratende Stimme erhalten; b) von der Gemeinde durch Aufhebung des Schulgeldes in der bisher bestandenen Hebungsweise und standesmäßige Dotation des Schullehrers aus öffentlichen, resp. aus Staats- und Communal-kassen; c) im Allgemeinen Hebung des Volksschullehrerstandes durch selbständige Stellung und bessere pecuniaire Lage; welches d) nur zu erreichen steht durch Errichtung eines Seminars in Ostfriesland, wodurch es auch dem Schullehrer möglich gemacht wird, sich zeitgemäß auszubilden; Alles unter nothwendiger Rücksichtnahme auf locale, bestehende, provinzielle Verhältnisse bei Vollziehung des neuen Gesetzes. Weitere speciellere Vorschläge, heißt es am Schlusse, zur Ausarbeitung des neuen Schulgesetzes werden wir einzureichen uns erlauben. (W. 3.)

Karlsruhe, 15. Mai. In der heutigen Sitzung der II. Kammer berieth und genehmigte dieselbe zuerst das Gesetz über die Beerdigung der Bürger mit Einschluß der Staatsdiener und Krieger auf die Verfassung, und das provisorische Gesetz über den Kriegszustand, wobei Abg. Brentano den Antrag stellte, daß die fliehenden Aufrührer nicht mit den Waffen verfolgt werden dürften, was aber mit allen gegen drei Stimmen verworfen wurde. Der Antrag des Abg. Bissing, daß Eindringlinge von außen standrechtlich gerichtet werden sollten, wurde zwar, als nicht in dieses Gesetz gehörend, zurückgezogen; allein die Kammer sprach die Erwartung aus, die Regierung werde, falls die Umstände es fordern sollten, das Standrecht einführen; die Kammer ertheilte hierzu nicht nur durch unwidersprochene Erklärungen ihre Ermächtigung, sondern mehrere Redner, insbesondere Abg. Welcker, erklärten, daß die Regierung verantwortlich dafür zu machen wäre, wenn sie die Maßregel unterließe, falls sie nothwendig werden sollte. Zugleich wurde aber die Erwartung ausgesprochen, daß der sittliche und patriotische Abscheu des Volks gegen Unternehmungen, über deren verbrecherische Natur jetzt Alle aufgeklärt sind, die Wiederkehr ähnlicher Vorfälle verhüten und damit die Anwendung des Standrechts überflüssig machen würde. Das Gesetz über den Kriegszustand wurde mit wenigen Aenderungen einstimmig angenommen. Mit allen Stimmen gegen Eine erklärte sich die Kammer für das Gesetz, welches die Beschränkungen staatsbürgerlicher Rechte aus Rücksichten der Confession aufhebt. Aus dem Entwurf in Betreff der Beamten, welche ihre Pflicht während der letzten Bewegung nicht erfüllt haben, strich eine Minderheit von 19 gegen 29 Stimmen den Art. 4, wonach die seit dem 1. März begangenen Handlungen unter das Gesetz fallen; eine Minderheit strich diese Bestimmungen, denn zur Annahme des Gesetzes mit Art. 4 wären zwei Drittel der Stimmen, also 32 erforderlich gewesen.

Für die Zukunft wird das Gesetz gelten, dafür stimmten Alle gegen Sieben. Endlich wurde nach langer Verhandlung das Gesetz angenommen, wonach das Hofgericht in Freiburg die hochverrätherischen Unternehmungen der jüngsten Zeit zu untersuchen und mit einem Schwurgericht abzuurtheilen hat. — Auf eine dem Großherzog überreichte Dankadresse für den von ihm bewilligten Beitrag von 100,000 Fl. zu den Kriegskosten (Nr. 137), hat derselbe erwidert: Ich wünsche, daß alle Vaterlandsfreunde zusammenwirken möchten, um mit mir die gesetzliche Ordnung vollkommen wieder herzustellen, wodurch allein das Wiederaufblühen des Gewerbleißes und Handels möglich wird. Erst dann, wenn dieses Ziel erreicht ist, werden alle Diejenigen, welche in jegiger bebrängter Zeit dem allgemeinen Wohl Opfer bringen, sich wahrhaft freuen können, dies gethan zu haben. Ich habe gern diesmal in der außerordentlichen Zeit meine Kräfte nicht zu Rathe gezogen und auf eine Ausgleichung durch die Zukunft gezählt. (Wad. Bl.)

**Heidelberg, 16. Mai.** In der heutigen Nummer des heidelberger Journals zeigen Rosp und Olinger ihren Freunden an, daß die über sie verhängte Untersuchungshaft aufgehoben sei. (F. Z.)

**Darmstadt, 15. Mai.** Bei der vorgestrigen präparatorischen Versammlung der hiesigen Wahlmänner in dem Saale des darmstädter Hofes brachte Minister v. Gagern unter Anderm auch den, in dem Entwurfe des Reichsgrundgesetzes vorgesehenen erblichen Kaiser, als Oberhaupt des gesammten deutschen Reichs, zur Sprache und redete der Realisirung dieser politischen Gestaltung das Wort, von der Ueberzeugung belebt, daß ein constitutioneller Kaiser ein unerläßliches Erforderniß zu des Reiches künftigen Wohle sei. (F. Z.)

\* **Altona, 16. Mai.** Denkt man an den Anfang der Umgestaltung unserer Zustände zurück, so muß man wirklich die Kühnheit der Männer bewundern, die den Umschwung bewirkten, aber auch ihre Kurzsichtigkeit in der Beurtheilung der Kräfte, die ihnen zu Gebote standen, wenn sie ihre Unternehmung glücklich durchführen wollten. Es gewinnt fast den Anschein, als ob sie ohne genügende Kenntniß dieser Kräfte gehandelt hätten, wie es der Anfang des Krieges gezeigt hat. Es fehlte den Herzogthümern so sehr an Allem, daß selbst nach der gelungenen Ueberumpelung der Festung Rendsburg diese nicht einmal genügend hätte vertheidigt werden können, wenn wir uns allein überlassen geblieben und die Preußen uns nicht so bald zu Hülfe geeilt wären. Diesen sind nicht allein wir, sondern ganz Deutschland für den raschen Entschluß und die baldige Ausführung zum größten Danke verpflichtet, denn wäre es den Dänen gelungen, den Krieg, wenn auch nur eine kurze Zeit hindurch, gegen uns allein zu führen, so hätten sie nicht sowohl Schleswig, sondern unstreitig auch das Herzogthum Holstein mit ihren Truppen überzogen und uns als Insurgenten behandelt. Nimmt man auch an, daß das Volk in der Ueberzeugung von der Gerechtigkeit seiner Sache sich gegen die Dänenherrschaft aufgelehnt hätte, so würde es sich nur in einzelnen Aufständen erschöpft haben. Die diplomatischen Interventionen würden dann ein ganz anderes Aussehen gewonnen haben, als es jetzt der Fall ist, wo die Befreiung der Herzogthümer ein fait accompli ist. Der Handel der übrigen Deutschen hätte natürlich nicht gelitten, wenn keine deutschen Truppen uns zu Hülfe gekommen wären, und mit dieser Hülfe hätte man dann vielleicht gezögert, und sie hätte auch bedeutender sein müssen, wenn die Dänen schon bis an die Elbe vorgeedrungen gewesen wären. An Sympathien Deutschlands hätte es sicherlich nicht gefehlt, auch wol nicht an nichtorganisirten Hülfsmannschaften; was hätte solche Hülfe aber ausrichten können? Freuen wir uns, daß es so gekommen, um so mehr, da wir selbst jetzt noch immer sehr besorgt sein müssen, daß die Vermittelung Englands nicht ganz den Erfolg haben werde, den wir wünschen. Wir möchten bezweifeln, daß es gelingen wird, uns in eine bloße Personalunion mit Dänemark zu bringen, und um nur bei zu befürchtenden anderweitigen Verwickelungen Frieden auf dieser Seite Deutschlands zu haben, wird man auch von deutscher Seite in Manches willigen, was sonst nicht geschehen würde. Dies die sogenannten politischen Aussichten. — Auf die Frage, wie sieht man im Lande die provisorische Regierung an, antworten wir: wie man hier immer gewohnt war, die Regierung zu betrachten. Wir sind einmal an das Regiertwerden gewohnt, wenn wir auch einzeln Manches daran aussetzen haben, was auch jetzt der Fall ist; indeß beschränkt sich das auf das Besprechen in kleinern Kreisen. Dabei kann man im Allgemeinen nicht sagen, daß sie eigentlich das Vertrauen des Volks genießt; namentlich jetzt, wo General Wrangel die Kriegsoperationen und Preußen die Friedensunterhandlungen leitet, hat sie in der Hauptfrage kein Gewicht, und zur innern Organisation des Landes kann sie unter obwaltenden Umständen nur das Nöthigste anordnen. Dazu gehört zuerst die Removirung von Beamten und Anstellung anderer, eine Purification, die schon lange gewünscht wurde, in manchen Fällen aber doch wol etwas zu weit gehen mag.

In den letzten Wochen haben nun vollends die Wahlen alle politischen Gedanken absorbiert. Den Ausgang derselben kann man mit Recht einen glücklichen nennen; wenn auch nicht alle Gewählten politische Koryphäen sind, so sind sie wenigstens von dem besten Geiste und Willen besetzt, und manche unter ihnen bringen Kräfte mit, deren Benutzung

besonders in Comités großen Vortheil verspricht, wenn sie auch als Redner vielleicht nicht glänzen werden. Es scheint uns überhaupt auf das Rednertalent etwas zu viel Gewicht gelegt zu werden, wenn man nicht annehmen will, daß die größere Menge in einer Versammlung sich nur durch glänzende Worte zur Abgabe ihrer Stimmen bewegen läßt. Der Tüchtigste, außer Bunsen und Dahlmann, die ja nicht eigentlich zu den Unfern zählen, ist der für den flensburger District gewählte Etatsrath Franke, dessen Geschäftskentniß und Brauchbarkeit in Administrationsfragen, besonders dem Zollwesen, von seiner Wirksamkeit bei dem Dresdner Congresse her satzbar bekannt ist. Ist erst der Friede geschlossen, wie trotz aller anscheinenden Schwierigkeiten baldigst zu hoffen ist, so werden alle Kräfte erforderlich sein, um eine Reorganisation herbeizuführen, die hier doppelter Art sein wird, wenn man die Stellung Dänemark gegenüber und die Unabhängigkeit der Herzogthümer in Betracht zieht.

**Rendsburg, 15. Mai.** Die Schiffe im Belt verhalten sich nach Wrangel's Drohung ruhig. Die Dänen warten auf die Ankunft der Schweden, welche nach ihrer Aussage am 20. Mai erfolgen soll. Am 13. Mai brachte Major Zastrow, welcher mit einem Detachement der schleswig-holsteinischen Truppen einen Streifzug nach Aarhus ausgeführt, vierzehntägige Lebensmittel aller Art für 7000 Mann sowie den Stiftsamtman von Aarhus als Geiseln für Lieferungen und als Repressalie wegen der Gefangennahme des Hrn. v. Krogh mit nach Weite.

Zu den jedenfalls noch unverbürgten Gerüchten gehört das in Jütland ziemlich allgemein verbreitete, der König von Dänemark habe sich in Koeskilde krönen lassen und den Kronprinzen von Schweden adoptirt. (W. Z.)

**Kiel, 14. Mai.** Morgen wird der Kiel zum ersten Kanonenboote gelegt werden. Der Bau wird in Auftrag und für Rechnung des Flottencomité unternommen. Es sollen in Kiel circa 15,000 Mk. Besteuer für die deutsche Kriegsslotte gezeichnet sein, und nicht allein Bürger, sondern selbst Dienende und Dienstmägde tragen ihr Scherflein bei. Unser Handel hat fast aufgehört, nur der geringe Umsatz für den Consum findet noch statt. Die Kaufleute tragen mit rühmlichem Patriotismus ihr Loos und setzen ihre Hoffnungen auf einen baldigen, doch ehrenvollen Frieden, der die Integrität des Landes sichert. — Unsere Bürgerwehr ist nunmehr wohlorganisiert, die Uniformirung steht nahe bevor. (Schl.-Hollst. Z.)

**Kiel, 16. Mai.** Das Kieler Correspondenzblatt enthält unter der Ueberschrift: „Eine Anfrage in Betreff Lübeck's“, Folgendes: „Wir erfahren aus sehr guter Quelle folgende Nachricht, die uns, wenn sie sich bestätigt, auf das tiefste schmerzen würde. Die provisorische Regierung hat das Dampfschiff Christian VIII. (oder Kopenhagen) in Lübeck ausrüsten lassen, um in dringendem Auftrage nach der Westsee zu gehen. Um es ohne Gefahr durch die Belte zu bringen, war es ganz ähnlich wie das norwegische Dampfschiff, das von Lübeck aus nach Norwegen geht, seitdem der Kieler Hafen blockirt ist, angestrichen und äußerlich eingerichtet. Es sollte, um seinen Zweck zu erreichen, etwa zwei bis drei Stunden vor dem norwegischen abgehen, damit man es für dasselbe halten und frei passiren lassen möge. Der Capitain hatte daher Auftrag, seine letzten Kohlen kurz vor der Abfahrt einzunehmen. Allein der Lübecker Magistrat hinderte die Ablieferung der letzten 100 Tonnen Kohlen, bis das norwegische Dampfschiff ausgelaufen war, und vereitelte dadurch den ganzen Plan; der Capitain des deutschen Dampfschiffes mußte jetzt bleiben und wird schwerlich wieder auslaufen können.“

**Rendsburg, 17. Mai.** Die provisorische Regierung hat folgende Verfügung, betreffend eine Modification der Verfügung vom 1. Mai d. J. wegen Unterfassung jeglichen Verkehrs mit dem Königreiche Dänemark unterm 15. Mai erlassen: Mit Rücksicht darauf, daß der Festland des Herzogthums Schleswig jetzt vom Feinde gänzlich geräumt und der Zustand des Landes die Beschränkung exceptioneller Maßregeln thunlich macht, verfügt die provisorische Regierung wie folgt: Die Bestimmung der Verfügung vom 1. Mai d. J., betreffend die Unterfassung jeglichen Verkehrs mit dem Königreich Dänemark, daß die Uebertreter dieses Verbots nach der Festung Rendsburg zu transportiren seien, wird hierdurch aufgehoben. Die wegen Verdachts des Verkehrs mit dem Feinde verhafteten Personen sind nach Befund der Umstände von den beikommenden Polizeibehörden zur Verantwortung zu ziehen, oder den ordentlichen Gerichten zur weiteren Wahrnehmung des Erforderlichen zu überliefern.

— Im Herzogthum Limburg war bei Gelegenheit der Urwahlen auf fast allen Thürmen das schwarz-roth-goldene Banner aufgezo-gen, im Einverständnis mit den Localbehörden. Der holländische Gouverneur des Herzogthums Limburg, Hr. van Reeve, hat diese Fahnen mit Gewalt herunternehmen lassen. Dieser Befehl stützt sich auf die Eröffnung, „daß die öffentlichen Gebäude allein unter der Oberaufsicht der öffentlichen Macht (Gezag) stehen; daß diese Macht keinen Befehl hat, Zeichen von Sympathie für oder gegen den Deutschen Bund an den Tag zu legen, und daß also, so lange keine Vorschriften gegeben oder Anordnungen höhern Orts getroffen, die deutsche Bundesflagge an keinem öffentlichen Gebäude aufgehißt werden darf.“ Zugleich wurde vom Gouverneur die

Drohung zur Ausfü-  
selben dur-  
Diesem dr-  
zu kennen  
bern aber  
rückten am  
walt zu er-  
man sich  
in Frankr-  
heißt es:  
lich dem F-  
von solch-  
thun zu n-  
jenes Sch-  
bürgt, Bet-  
rung offen  
scheint, die  
Männern  
Herzogthum  
nationalen M-  
überflutet  
hen Anlag-  
R Alte  
dem Tage  
paar junge  
die Wasser  
Mittel zu  
Unserm M-  
bürgermeis-  
Zeit von f-  
gepredigt  
geben die  
Treiben en-  
bereiten,  
eines „deu-  
lassene P-  
wollen die  
Unterlage.  
Abend fest  
waren scho-  
besprochen.  
Maffen zu  
gestern Ab-  
lung so zu  
mußte. D-  
der Volksp-  
Menge vor-  
zähligen P-  
des constitu-  
spiel der b-  
gendes. V-  
der Redner  
der König  
mit Kartät  
Constituirt  
ten sie das  
und wären  
die Leute n-  
Erbe, sogle-  
Ferner wur-  
lutionärer  
nicht über  
schieden, se-  
offen für le-  
nach Hause  
Hause des  
situtioneller  
gibt, Alles  
zur Ruhe  
sten Interes-  
mieden wer-  
Bildung de-  
ben diese B-  
von dem D-  
einer Wiede-  
naire wie  
Mögen auch  
Eutin  
vom 1. Jan-  
sollen event

Drohung ausgesprochen, daß, im Fall die Macht des Gemeinderaths zur Ausführung der Maßregel nicht ausreichen sollte, der Vollzug derselben durch eine starke Truppcolonne vorgenommen werden solle. Diesem drohenden Befehle, der die deutschen Rechte Limburgs gar nicht zu kennen scheint, ist nun an einzelnen Orten Folge geleistet, an andern aber auch heftiger Widerstand entgegengesetzt worden. In Heerlen rückten am 14. Mai Kürassiere ein, um die deutschen Fahnen mit Gewalt zu entfernen. In Folge dieser Beleidigung unserer Fahnen hat man sich von Aachen aus mit einer Eingabe an den Fünfziger-Ausschuß in Frankfurt gewendet, welchen die Aachener Zeitung mittheilt. Darin heißt es: Die Unterzeichneten halten es für ihre Pflicht, so schnell als möglich dem Fünfziger-Ausschuß, als der bis jetzt noch einzig richtigen Stelle, von solchen Thatsachen Kenntniß zu geben. Sie glauben dies um so mehr thun zu müssen, als die Wahlmänner des Limburger Landes, die ihnen jenes Schreiben mitgetheilt und sich für die Richtigkeit der Abschrift verbürgt, Bedenken tragen, für ihr gekränktes Recht der holländischen Regierung offen entgegenzutreten, und die Regierung noch an Principien festzuhalten scheint, die nun zu Grabe getragen. Wir sind überzeugt, daß es bei den Männern des Vertrauens der Nation nur der Anregung bedarf, um das Herzogthum Limburg gleich Schleswig-Holstein in der Ausübung seiner nationalen Rechte nicht ferner gestört und nicht von holländischen Truppen überstutet zu sehen, deren Erscheinen gewiß zu Collisionen und Blutvergießen Anlaß geben würde. (Folgen die Unterschriften.)

**Altenburg, 18. Mai.** Die hiesigen Zustände werden mit jedem Tage unerträglich. Was die Führer unserer Volkspartei, ein paar junge Advocaten, wollen, das sehen sie mit Drohungen oder durch die Massen durch; was ihnen mißfällig ist, wissen sie durch dieselben Mittel zu verhindern; ihre Sprache ist die eines maßlosen Uebermuths. Unserm Ministerium mangelt es an jeglicher Thatkraft, unserm Oberbürgermeister und Polizeidirector an allen Eigenschaften, die die jetzige Zeit von seiner Stellung fodert. Die Republik wird laut und öffentlich gepredigt und gepriesen. Ein deutliches Bild davon, wie es eben hier steht, geben die Vorfälle des gestrigen Abends. Um dem republikanischen Treiben entgegenzuwirken und der kraftlosen Regierung eine Stütze zu bereiten, hatte sich eine Anzahl von Männern vereinigt, zur Bildung eines „deutsch-constitutionellen Vereins“ aufzufodern. Das deshalb erlassene Programm zeugte von der Freisinnigkeit ihrer Grundzüge; sie wollen die Monarchie, sie wollen sie aber auf breiterer demokratischer Unterlage. Die Constituirung des Vereins war auf den gestrigen Abend festgesetzt. Die Maueranschläge, die das Programm enthielten, waren schon in der ersten Nacht sämtlich herabgerissen oder mit Noth bestrichen. Außerdem ging das Gerücht, man werde den Verein durch Massen zu zersprengen suchen. Es hat nicht gelogen. Kaum hatten gestern Abend einige Redner gesprochen, als der Lärm in der Versammlung so zunahm, daß auf die Schließung derselben angetragen werden mußte. Darauf haranguirte Advocat Erbe, der hauptsächlich Führer der Volkspartei, die auf dem Markte sich immer mehr sammelnde Menge vom Balcon des Rathhauses herab in einer langen, von unzähligen Beifallsrufen unterbrochenen Rede, indem er das Programm des constitutionellen Vereins Punkt für Punkt durchging. Als ein Beispiel der bei solchen Volksreden gebrachten Logik und Taktik nur Folgendes. Von dem Ausdruck „breiteste demokratische Grundlage“ sagte der Redner, er verstehe ihn eigentlich gar nicht, wisse aber, daß ihn der König von Preußen zuerst gebraucht, nachdem er auf sein Volk mit Kartätschen geschossen etc. Von den Männern, die den Aufruf zur Constituirung des constitutionellen Vereins erlassen, hieß es, erst hätten sie das Volk, das doch wahrlich mehr zu thun habe, herbeigerufen, und wären dann nach einigen Unannehmlichkeiten davongelaufen; damit die Leute nur nicht ganz umsonst gekommen wären, wolle er, der Advocat Erbe, sogleich hier auf dem Markte eine Volksversammlung abhalten. Ferner wurde dem constitutionellen Verein nachgesagt, er sei ein revolutionärer; denn jetzt, wo die Nationalversammlung zu Frankfurt noch nicht über die Frage, ob Republik oder constitutionelle Monarchie, entschieden, sei es geradezu revolutionär, wenn sich eine Anzahl Männer offen für letztere erklärten. Schließlich wurde Advocat Erbe im Triumph nach Hause begleitet, und es ging bis auf eine Katzenmusik vor dem Hause des Mannes, dem man das Verbrechen, den revolutionär-constitutionellen Verein hervorgerufen zu haben, wol am meisten Schuld gibt, Alles ruhig ab, da Advocat Erbe die Versammelten wiederholt zur Ruhe und Ordnung ermahnte. Denn es liegt natürlich im höchsten Interesse der Führer, daß jeder geradezu ungeseliche Schritt vermieden werde. Von selbst versteht sich übrigens, daß man von der Bildung des constitutionellen Vereins nicht absteht wird. Wir schreiben diese Zeilen traurigen Herzens an dem lange herbeigesetzten Tage, von dem Deutschland hofft, daß er der Anfang seiner Wiedergeburt sei, einer Wiedergeburt, die ebenso das wählerische Treiben der Reactionäre wie das der Republikaner zu Schanden macht — am 18. Mai. Mögen auch unsere Hoffnungen auf diesen Tag in Erfüllung gehen!

**Eutin, 13. Mai.** Einer landesherrl. Verfügung zufolge fallen vom 1. Jan. d. J. an alle Abgaben der Insten an den Staat weg und sollen eventualiter wieder zurückgezahlt werden; ebenso wird es auch

mit der Kopfsteuer in den von Holstein eingetauschten Ortschaften gehalten werden. (H. C.)

**Vom Taunus, 15. Mai.** Gestern waren die Abgeordneten der bassenheimischen Orte Reisenberg, Seelenberg, Schmitten, Arnolds-hain zu Usingen, um mit den Abgeordneten des Grafen, gestützt auf das Sicherheitscomité zu Wiesbaden, ihre Verträge abzuschließen. Dies ist nur theilweise gelungen, und am selben Tage sind 15 Morgen bassenheimische Waldungen niedergebrannt worden. Das ist die Anarchie, das ist der Bundschuh und arme Konrad des 19. Jahrhunderts. (F. J.)

\* **Frankfurt a. M., 16. Mai.** Gestern Abend hegte man ziemlich allgemein die Besorgniß, daß es zu neuen Ruhestörungen versuchen kommen werde. Eine blutige Schlägerei, welche in einer Bierkneipe zwischen Soldaten und Schustergesellen gegen Abend stattfand, und bei der einem der Letztern ein Ohr abgehauen wurde, war vom Gerüchte stark übertrieben dargestellt worden, wodurch die Befürchtungen neue Nahrung erhielten. Zudem waren vage Gerüchte darüber verbreitet, daß von umliegenden Orten, namentlich aus Hanau und Bockenheim, eine Anzahl Anhänger der Hecker-Struve'schen republikanischen Partei nach Frankfurt gekommen sei, um einen gewaltthätigen Versuch zur Befreiung der Individuen zu machen, welche bei der mißlungenen Schilderhebung am Abend des 14. Mai verhaftet worden waren. (Die Zahl dieser Verhafteten beläuft sich auf vierzehn, und unter diesen befinden sich vier Franzosen und einige mannheimer Republikaner; die Uebrigen sind von verschiedenen Ortschaften der Umgegend.) Auf der Zeil wogte den Abend hindurch eine große Menschenmasse hin und her; sie bestand jedoch lediglich aus Neugierigen. Gegen 9 Uhr glaubte man indes zu bemerken, daß sich unter die Menge Bestandtheile zu mischen anfingen, welchen schlimme Absichten unterstellt werden könnten, und wirklich fing bald hier und da das Verhöhnern der Patrouillen der Schutzwachen wieder an. Sofort wurden alle verfügbaren Bürgerschutzwachen der nächsten Quartiere herbeigezogen, und in kurzer Zeit strohte es von Bayonneten auf dem ganzen obern Theile der Zeil, wo das Gefängnißlocal gelegen ist, in dem die Verhafteten vom Abend des 14. Mai untergebracht sind. Diese Kraftentwidelung benahm den Aufwiegeln wol die Lust zu weiterem Tumulte. Die Ruhe erlitt keine neue Störung. Aber nicht bloß Frankfurts Bürger, sondern auch die Bevölkerungen der nächsten und weitem Umgebung (die Republikaner von Hecker-Struve'scher Farbe in Hanau, Bockenheim und einigen andern Orten bilden zwar eine Ausnahme, aber nur eine höchst unbedeutende Minorität) sind fest entschlossen, mit Wachsamkeit und allen Aufopferungen, die erfordert würden, Sorge zu tragen für die Sicherheit, Unabhängigkeit und Heilighaltung der Berathungen und der Beschlüsse der constituirenden Nationalversammlung.

**Frankfurt a. M., 16. Mai.** Heute ist hier folgende Bekanntmachung erschienen: Der Senat an die Bürger und Bewohner von Stadt und Land. In einigen Tagen wird das erste deutsche Parlament in unserer Stadt versammelt sein. Das fernere Schicksal unsers großen Vaterlandes wird sich nach den Entschliungen desselben bestimmen. Je größer die Aufgabe, welche dieser Versammlung gestellt ist, desto größer ist die Verpflichtung unserer Vaterstadt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften dahin zu wirken, daß Ruhe und Ordnung in unserer Mitte nicht gestört werden. Eine Störung der Ruhe setzt Nichtachtung der Beschlüsse des Vorparlaments voraus, durch welche unsere Stadt zum Sitze des Parlaments erwählt und dadurch zu einem gefriedeten Orte erklärt worden ist. Eine Störung der Ruhe stellt die Wirksamkeit der constituirenden Nationalversammlung selbst in Frage. Jeder, für den die Ehre unserer Stadt einen Werth hat, der die fernere einheitliche Entwidlung unsers gemeinsamen Vaterlandes aus den eignen freien Entschliungen der Vertreter desselben erwartet, Jeder, der Liebe für Deutschland im Herzen trägt, alle unsere Mitbürger in Stadt und Land, wie wir fest vertrauen, werden sich mit uns vereinigen, in den kommenden Tagen die Ehre der Stadt und die Pflicht gegen das Vaterland durch Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung, durch kräftigen Widerstand gegen jedes undeutsche Bestreben zu retten und zu erfüllen. Die Erscheinungen der letzten Tage haben jene Hoffnungen in uns noch nicht wankend gemacht. Sie werden, wir erwarten es zuversichtlich, nicht wiederkehren. Sollte aber diese, unsere und aller Gutgesinnten zuversichtliche Erwartung getäuscht werden, dann werden Führer und Theilnehmer, Leiter und Verleitete zu ihrem eignen Nachtheile die Erfahrung machen, daß die bewaffnete Macht unserer Bürger, so wie solche bisher in dankenswerther Weise, mit wahrhafter Selbstverläugnung frevelhaftem Begegnen gegenüber, nicht angestanden hat, durch freundliches Zureden und ruhige Ausdauer Berirrte zurechtzuweisen und zu beschwichtigen, genügend vorbereitet ist, im Falle der Nothwendigkeit von den zum Schutze der Personen und des Eigenthums ihr anvertrauten Waffen vollen Gebrauch zu machen. (D. P. A. 3.)

### Preußen.

† Berlin, 18. Mai. Nachdem jetzt in den Demonstrationen für und wider den Prinzen von Preußen ein augenblicklicher Waffenstill-

stand eingetreten ist, wendet sich das Interesse nun schon in bestimmter Weise auf unsere am 22. Mai zusammentretende Nationalversammlung und auf unser neues Staatsgrundgesetz, über dessen Entwurf, wie er dieser Versammlung vorgelegt werden soll, schon manche ungünstige und misstrauische Stimmen auftauchen. Die Wahlen für die preussische Nationalversammlung sind in allen Theilen des Staats wenigstens so ausgefallen, daß die reactionaire Partei für ihre immer noch gehegten Hoffnungen keinen bestimmten Anhalt mehr zu finden vermag und darum auch lauter als je ihren Unmuth und ihre Klagen ergießt. Wenn dies allerdings als ein günstiges Zeichen für den neuen Grundbau unseres Staats gedeutet werden muß, so entstehen doch von anderer Seite her Besorgnisse hinsichtlich der Wirksamkeit unserer constituirenden Versammlung, zu der aus manchen Gegenden keineswegs die intelligenten Theile der Bevölkerung hergesendet werden, sondern die vielfach auch aus Tagelöhnern, Häuslern, Bauern, Handwerkern zusammengesetzt sein wird, worin ein eminentes Gegensatz zu der auf Standes- und Besitzesvorrechten basirten Luxusversammlung des Vereinigten Landtags heraustritt. Diese Elemente der untersten Volksschichten werden in unsern künftigen regelmäßigen Ständeverfassungen zur Vertretung ihrer Lebensinteressen wichtiger sein als in einer constituirenden Versammlung, wo durch ihren Mangel an politischer Bildung und Einsicht die neue Constitution gerade im Interesse der Freiheit leicht gefährdet werden könnte. Indes wird es auch an einigen tüchtigen Vorkämpfern nicht fehlen, die sich freilich den parlamentarischen Grund und Boden erst werden erobern müssen, auf welchem schon mehrere Mitglieder des Vereinigten Landtags eine glänzende Position behaupteten. — Eine gewisse Abschwächung der politischen Stimmung ist in Berlin nicht zu verkennen, seitdem die nach einem wahrhaft kolossalen Maßstab angelegte Volksdemonstration gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen an der künstlichen Ausweichung des Ministeriums abgeblüht ist.

Die Herabdrückung, welche der politische Kurs von Berlin erfahren, hat sich in diesen Tagen auch in den neuen Stadtverordnetenwahlen gezeigt, die in allen Stadtbezirken auf Personen von vorzugsweise gemäßigter politischer Denkungsweise gefallen sind. Diesen neuen Wahlen ist jedoch nur eine geringe Bedeutung zuzuschreiben, da unsere Städteordnung die Umwandlungen unserer allgemeinen politischen Staatsverhältnisse ebenfalls binnen kurzem mitmachen wird. Die Verallgemeinerung des Bürgerrechts, die eine Hauptforderung der künftigen socialen Neugealtungen sein dürfte, wird auch die bisherigen Grundlagen der preussischen Städteordnung principiell umwerfen und mit den freieren Elementen unsers neuen Volkslebens befruchten. — Gegen die Führer der Volksdemonstration in der Sache des Prinzen von Preußen wird, wie man hört, noch eine Untersuchung eröffnet werden, weil sie anfänglich zu einer bewaffneten Versammlung eingeladen hatten. — In den meisten Stadtbezirken haben sich jetzt besondere Bezirksclubs eröffnet, die unter einander eine organische Verbindung unterhalten wollen. Es werden darin die politischen Fragen des Tages in parlamentarischer Ordnung verhandelt, wodurch sich bei uns das öffentliche Bewußtsein in allen Kreisen unaufhaltsam fortbildet.

**Berlin, 18. Mai.** Die Zeitungs-Halle veröffentlicht Folgendes: Die wenigen Worte, welche ich an Sie richtete, sind die Gedanken und Gefühle eines ganzen Regiments. Unsere Bayonnette fanden die Dänen zuerst; unser Siegeschrei war der erste. Das Entscheidende ist geschehen, noch wenige Monate und wir sehen uns nach unserer Heimat um. Die Bürger Berlins verlangen nach den Siegern von Schleswig; Se. Maj. der König stellt den Soldaten anheim, ob wir die alte Residenz wieder begrüßen wollen mit unserm Einzug, und laut schallte unser Jubel der alten Hauptstadt zu. Doch nein, Bürger, so gern wir wieder zu euch kämen, so sehr wir jetzt euren damaligen Kampf begreifen, so hält man uns doch zurück. Die Offiziere rufen: Soldaten, ihr geht nicht, wir wissen es; eure Gefinnungen sollen dem Könige mitgetheilt werden. Die alte Tyrannei schwingt noch immer ihre Geißel! Im Namen des ganzen Franzregiments.

### **Oesterreich.**

**Wien, 15. Mai, Abends 10 Uhr.** In diesem Augenblicke gleicht die ganze Stadt einem Feldlager. Die Nationalgarde, das Bürgermilitair, das akademische Corps halten die Hauptplätze der Stadt besetzt; Letztere stehen vor der Hofburg auf dem Josephs- und Michaels-, oder wie die neue Aufschrift besagt: Constitutionsplatz; eine Deputation ist beim Ministerrath und soeben wird die Nachricht verbreitet, derselbe habe die Zurücknahme des gestrigen Tagesbefehls wegen Aufhebung des Centralcomité der Nationalgarde und die Annullirung des provisorischen Wahlgesetzes angeordnet. Künftig sollen alle Wachtposten der innern Stadt bloß von der Nationalgarde besetzt werden.

Später. Eben kommt uns noch folgende Mittheilung zu: Die Punkte der von der akademischen Legion überreichten Sturm-Petition an die Minister, sowie ich selbe aus dem Munde des Dr. Goldmark, der sie auf dem Universitätsplatze von einem Brunnen laut verkündigte, und wie sie mir von Andern bestätigt wurden, sind: I. Zurücknahme des Tagesbefehls vom 13. Mai wegen Aufhebung des politischen Centralcomité der Nationalgarde. (Nr. 139.) II. Aufhebung des Wahl-

gesetzes und Erlassung eines neuen mit Einer Kammer oder bessere Zusammensetzung der ersten; daher möge sich Se. Maj. der Ernennung von Senatsmitgliedern enthalten, sowie auch die kaiserl. Familienglieder ausgeschlossen sein sollen. III. Entfernung des Militairs aus der Stadt und Zuziehung desselben nur auf Verlangen der Nationalgarde, und eine festere Verbindung zwischen der Nationalgarde und den Bürgern, daher gemeinschaftliche Besetzung der Stadtthore und Wachtposten. IV. Rechtfertigung wegen der Alarmirung der Nationalgarde in der Nacht vom 14. bis 15. Mai. Alles soll bewilligt worden sein. Man ist entschlossen, nicht eher auseinanderzugehen, als bis Alles bewilligt ist. 40,000 M. sollen mit den Bürgern auf dem Plage sein. (Dest. Z.)

**Wien, 16. Mai.** „Es wird Generalmarsch geschlagen!“ Wenn ich nicht irre, so schloß ich so meinen gestrigen Bericht, um meiner anderweitigen Pflicht nachzugehen. Das Blatt, das in den seitdem verfloßenen Stunden neu in Oesterreichs Geschichte eingetragen ward, finden Sie im Excerpt auf inliegendem Blättchen bemerkt, dessen Inhalt gestern Abend um 11 Uhr durch lautes Ankündigen, heute mittels Placat dem Volke mitgetheilt ward. Es ist folgende Kundmachung:

Das Ministerium hat in Erwägung der Pflichten, welche ihm gegen den Thron obliegen, und um zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther nach Kräften beizutragen, die Zurücknahme des Tagesbefehls der Nationalgarde vom 13. Mai 1848 und die Gewährung der zwei übrigen Punkte der überreichten Petition beschlossen. Ebenso wurde der Nationalgarde gewährt, daß die Verfassung vom 25. April 1848 vorläufig der Berathung der Reichsstände unterzogen, und die Bestimmungen des Wahlgesetzes, welche zu Bedenken Anlaß gegeben haben, in einer neuerlichen Prüfung erwogen werden sollen. Da in Folge dieser Zugeständnisse die Verfassung erst durch die Reichsstände festgestellt werden wird, so wird für den ersten Reichstag nur Eine Kammer gewählt werden, somit für die Wahlen gar kein Censur bestehen, wodurch alle Zweifel einer unvollkommenen Volksvertretung entfallen. Wien, am 15. Mai 1848. Der Minister des Innern. Pillersdorff.

Die Studenten hatten eine Sturmpetition über den bereits abgewiesenen Protest gegen die Theilnahme der Nationalgarde am Centralcomité angekündigt. Hiergegen wurden Kanonen in den Burghöfen aufgeföhrt, Militair, Bürgermiliz und Nationalgarde aufgestellt. Die heranrückende Aula ward gewarnt, man werde losbrennen; das verhinderte nicht die bereits herangezogenen Cohorten, sich um die Burg zu lagern, da sie ja, wie sie behaupteten, keine feindliche Demonstration im Sinne hätten. Es wurde nun einer Deputation gestattet, sich mit den versammelten Ministern in Einvernehmen zu setzen. Der Ministerrath, der hierauf erfolgte, dauerte volle fünf Stunden. Mittlerweile war bereits das Zugeständniß des Verbleibens der Nationalgarde im Comité gemacht worden. Mit dem über das Wahlgesetz zögerte man noch. Das Comité wollte sich den bis zum andern Morgen verlangten Aufschub nicht gefallen lassen. Da erscholl um 10 Uhr die Kunde, Barricaden seien in einigen Straßen errichtet. Sofort ward Alles bewilligt, und die im Augenblicke improvisirte Bitte der Umwandlung der octroyirten Constitution in eine vom Reichstage neu zu erlassende dazu. Bis dahin aber sollte das Einkammersystem angenommen werden und auch kein Censur den Wahlact beschränken. Lauter Jubel begrüßte die Kunde, donnerndes Vivat die Studenten. Die Stadt war beleuchtet.

Zu den weiter erlangten Concessionen gehört auch, daß das Militair nicht ohne Einvernehmen der Nationalgarde und nur in außerordentlichen Fällen auszurücken habe, und die letztere in Gemeinschaft mit jenem zur Besetzung aller Wachtposten berufen sei. Noch aber herrscht Mißtrauen im Volke, weil die betreffende Kundmachung nicht die Unterschrift des Kaisers im gedruckten Placate trug, obschon dieselbe dem Vernehmen nach ertheilt worden ist. — Von 26 Compagnien der Nationalgarde haben sich nur 13 den Studenten nicht angeschlossen, alle andern sowie das ganze Bürgerregiment fielen ihnen zu. Die Studenten hatten scharf geladen und waren überdies gut mit Munition versehen. Nur ein sehr kleiner Theil der Nationalgarde war dagegen aufs Schießen eingerichtet und darin eingeübt. Die Thore waren zum Theil besetzt, zum Theil geschlossen geblieben; späterhin wurden die Käden geschlossen, und die Theater blieben es. Man hatte blutigere Auftritte als in den Märztagen besorgt. Sie wurden es nicht, ohne daß sie darum minder verhängnißvoll erscheinen durften. Die oesterreichische Monarchie hat in vieler Augen zu existiren aufgehört. Pillersdorff ist unmöglich geworden; wahrscheinlich das ganze Ministerium mit Ausnahme der beiden lehternannten Minister. Man glaubt, Montecuculi werde Ministerpräsident werden. — Während der Freiheit neue Zugeständnisse errungen wurden, bezeichnete derselbe Tag einen Act bureaukratischer Willkür der alten Zeit würdig. Der Bankgouverneur Lederer wurde von seinem Posten, man könnte sagen verjagt, wahrscheinlich weil er der Finanzwillkür nicht nachgeben gewollt, und sein Vorgänger nahm dessen Stelle ein. Das Publicum hat man bis heute noch nicht von der diesfälligen Entschliezung verständigt. — Heute ist Alles ruhig, und die Nationalgarde kann wieder vom angestregten Dienste, der Manchen durch 42 Stunden in 54 traf, ruhen. Noch ist man nicht zu sich gekommen, um über die folgenreichen Ereignisse nachzudenken. Allein die Zukunft erscheint Jedem nur um so verhüllter.

**Wien**  
tag schied  
Proclama  
nieren,  
rer Reside  
waltfamer  
nahme der  
befehles i  
und ebenf  
die Gewalt  
gemeinsch  
Abtheilun  
fällen des  
selbst es o

Diese  
vergnügen  
rathes die  
1848 vorl  
die Anord  
in einer n  
Verfassung  
Weise bew  
Eine Kam  
Census be  
tretung en  
sen der S  
Reichstagen  
n and. (S  
ident. So  
nanzministe  
Baumgart

Der  
stätigt sich  
minister  
Kraft und  
es in der  
den Minis  
hältnisse,  
wählt ist.  
Minute zu  
die Zügel  
geschwächt  
die Leitung  
nannt; Re  
Tagen entg  
Palmanuot  
Patriotism  
schäfte übe  
weshalb de  
und sein V  
des Central  
derselben (1  
Universität.

**Wien**  
imposante  
Abends ben  
sich in das  
rescripts, w  
Studenteng  
sammelten  
stituierender  
folgten Dep  
willigung d  
eine gedruck  
als Entwurf  
legt, ein ne  
beseitigt wer  
corpore nel  
Deputation  
Augenblicke  
über das M

— Die St  
men folgende  
deutsche Bru  
Wiedergeburt  
Entsetzens m  
schen Brüder  
wohnt und g  
dern wollten.  
ten Bund er  
einander ent  
Recht, für de  
wisset, daß k

Wien, 16. Mai. Jede Stunde bringt eine Aenderung. Am Mittwoch schickte ich Ihnen die Kundmachung Pillersdorfs, jetzt ist folgende Proclamation, unterzeichnet vom Kaiser und sämmtlichen Ministern, angeheftet: Zur Beruhigung der am 15. Mai 1848 in unserer Residenzstadt Wien entstandenen Aufregung und zur Verhütung gewaltfamer Ruhestörungen wurde von unserm Ministerrathe die Zurücknahme des für unsere Nationalgarde am 13. Mai 1848 erlassenen Tagesbefehles in Betreff der Vorgänge des politischen Centralcomité beschloffen, und ebenso wurde bereits den von der Nationalgarde gestellten zwei Bitten die Gewährung zugesagt, daß nämlich die Stadthore und die Burgwache gemeinschaftlich von dem Militair und der Nationalgarde nach allen ihren Abtheilungen besetzt werden sollen, und daß das Militair nur in jenen Fällen des erforderlichen Beistandes herbeizurufen sei, wo die Nationalgarde selbst es ansucht.

Diesen Beschlüssen fügen wir noch, um alle übrigen Anlässe zu Misvergnügen und Aufregung zu beseitigen, nach Einrathen unsers Ministerrathes die weitere Bestimmung bei, daß die Verfassung vom 25. April 1848 vorläufig der Berathung des Reichstags unterzogen werden soll, und die Anordnungen des Wahlgesezes, welche Bedenken hervorgerufen haben, in einer neuerlichen Prüfung zu erwägen seien. Damit die Feststellung der Verfassung durch die constituirende Reichsversammlung auf die zuverlässigste Weise bewirkt werde, haben wir beschloffen, für den ersten Reichstag nur eine Kammer wählen zu lassen, wonach also für die Wahlen gar kein Censur bestehen und gar kein Zweifel einer unvollkommenen Volksvertretung entfallen wird. Wir hegen hiernach die Zuversicht, daß alle Klassen der Staatsbürger mit Ruhe und Vertrauen der baldigen Eröffnung des Reichstages entgegenzusehen werden. Wien, am 16. Mai 1848. Ferdinand. (L. S.) Pillersdorf, Minister des Innern und provisorischer Präsident. Sommaruga, Minister der Justiz und des Unterrichts. Krauß, Finanzminister. Latour, Kriegsminister. Dobhoff, Minister des Handels. Baumgartner, Minister der öffentlichen Arbeiten.

Der Sinn ist derselbe, der Ausdruck fester. Zugleich aber bestätigt sich, was Niemand bezweifeln konnte, daß das Gesamtministerium abgetreten ist. „Diese Vorgänge haben uns die Kraft und die Mittel gelähmt, der Krone zur Stütze zu dienen“, heißt es in der betreffenden Anzeige. Einzig der Wunsch des Hofes konnte den Ministerrath bewegen, bei der Dringlichkeit und Gefahr der Verhältnisse, „interimistisch die Geschäfte fortzuführen“, bis ein neuer gewählt ist. Die Calamität für den österreichischen Staat wächst von Minute zu Minute; Alles fällt auseinander, und nirgend eine Hand, die Zügel zu fassen. Pillersdorf ist ein braver, ehrlicher Mann, aber geschwächt und verkrümmert durch das alte System. Wer wird und kann die Leitung übernehmen? Wessenberg, Colloredo, Apponyi werden genannt; Keiner genügt. Wir sehen dem Schlimmsten in den nächsten Tagen entgegen, trotz der Siegesnachrichten aus Italien (Treviso und Palmanuova sollen genommen sein), trotz mannichfach auftauchenden Patriotismus. Der Hofkriegsrath ist auch aufgelöst, seine Geschäfte übernimmt das Kriegsministerium. Dunkel sind die Gründe, weshalb der Bankgouverneur Lederer plötzlich seines Amtes enthoben und sein Vorgänger eingesetzt wurde. Heute Abend ist wieder Sitzung des Centralcomité. Die Arbeiter organisiren sich. Die 50. Abtheilung derselben (1000 Mann) schickte heute eine Zustimmungsadresse an die Universität.

Wien, 16. Mai. Heute Nacht wurde die Aristokratie durch eine imposante Volksdemonstration gestürzt. Die Studenten zogen Abends bewaffnet auf die Hauptplätze der Stadt, eine Deputation hatte sich in das Ministerium begeben, um die Zurücknahme des Ministerialrescripts, welches die Auflösung des Centralcomité, der National- und Studentengarde angeordnet hatte, zu erwirken. Große Volksmassen sammelten sich bald in allen Straßen. Der Ruf: „Eine Kammer! Constituirender Reichstag! Kein Censur!“ wurde immer lauter. Endlich folgten Deputationen auf Deputationen, welche nach einander die Bewilligung dieser Punkte brachten, und um 2 Uhr Nachts erschien noch eine gedruckte Kundmachung, in welcher die Verfassungsurkunde nur als Entwurf betrachtet, dem ersten Reichstage zur Berathung vorgelegt, ein neues Wahlgesez zu demselben ausgearbeitet und der Censur beseitigt werden soll. Das Ministerium will heute seine Entlassung in corpore nehmen. Das wieder bestätigte Centralcomité hat durch eine Deputation dasselbe ersucht, zu bleiben, da wir in Wahrheit in diesem Augenblicke kein anderes, besseres designiren können. So viel in Kürze über das Resultat der heutigen Nacht.

Die Studenten Wiens haben an ihre deutschen Brüder in Böhmen folgenden Aufruf erlassen: Ein tiefer Schmerz durchzuckt unsere deutsche Brust; traurige Kämpfe in eurer Heimat stören die langersehnte Wiedergeburt unser großen gemeinsamen Vaterlandes. Ein Schrei des Entsetzens müßte durch die deutschen Gauen widerhallen, wenn eure czechischen Brüder, die mit euch durch Jahrhunderte denselben Mutterboden bewohnt und gepflügt, euch nun zum blutigen Vertilgungskampfe herausfordern wollten. Noch ist es Zeit, daß das Zauberwort Veröhnung den alten Bund erneure und daß beide Nationen sich friedlich und frei neben einander entwickeln. Wenn ihr aber gezwungen werdet, für deutsches Recht, für deutsche Einheit, für deutsche Erde das Schwert zu ziehen, so wisset, daß kein deutscher Stamm euch seine Bruderhülfe versagen wird.

Sowie der Tiroler die Feindeshand von seinen Höhen derb zurückwies und Schleswig-Holstein die dänischen Gelüste siegreich niederschlug, so werdet auch ihr deutsche Sprache, deutsche Bildung und deutsche Grenzen mit Kraft zu wahren wissen. Es lebe Deutschland! Gott mit euch! Im Namen des Studentenausschusses.

Prag, 10. Mai. Ich sende Ihnen ein Actenstück, das hier und in Wien viel zu reden gibt und den Deutschen den Beweis liefert, welche eine gleichende Maske unser großes Nationalcomité vorzunehmen für gut erachtet. Das Nationalcomité ist unzufrieden mit dem wiener Ministerium, an dem auch die Deutschen seines ewigen Schwankens, seiner Haltlosigkeit willen kein Wohlgefallen hatten. Das Nationalcomité möchte absonderlich den Glauben verbreiten, daß es von rein österreichischem Patriotismus glühe, daß es ihm um Ruhe und Glück der Monarchie zu thun sei. Gestatten Sie, daß ich die kühnen Behauptungen, die patriotischen Besorgnisse des sogenannten Nationalcomité mit einigen Randbemerkungen versehen. Das erwähnte Actenstück lautet: Die hochachtungsvoll gefertigte Deputation des böhmischen Nationalauschusses hat auf die Sr. Maj. überreichte Vorstellung, die Vornahme der Wahlen der Deputirten zu der constituirenden Versammlung in Frankfurt bis zu der Zeit verschieben zu wollen, in welcher sich die erst zu constituirende Volksrepräsentation Böhmens über die Absendung benannter Deputirten und deren Instruction wird aussprechen können — die Erledigung vom 29. April d. J. 1851 — M. J. erhalten, und wird die diesfälligen Beschlüsse des hohen Ministeriums ihren Committenten pflichtgemäß unverzüglich mittheilen. Nachdem jedoch die in der Vorstellung ausführlich ausgeführten Gründe und Befürchtungen des Nationalauschusses nicht im Stande waren, einen günstigen Bescheid zu erzielen, so findet sich die Deputation verpflichtet, im Namen des Nationalauschusses eine ausdrückliche Verwahrung gegen alle übeln Folgen einzulegen, welche die Ministerialbeschlüsse, trotz der eifrigsten Bemühungen aller wahren Vaterlandsfreunde, ihnen zu begegnen, dennoch hervorrufen dürften, und zwar hauptsächlich: a) Bruch des innern Landfriedens; b) communistische Wühlerei und republikanische Einflüsse; c) Separationsgelüste; d) Desavouirung der nach Frankfurt gehenden Deputirten und ihrer anmaßlichen, vorgreifenden Repräsentation des Nationalwillens durch den bevorstehenden constituirten Landtag; hierdurch aber e) Verzögerung, wenn nicht langjährige Hinausschiebung eines doch so sehr wünschenswerthen Schuß- und Trugbündnisses zwischen dem souverain bleiben müßenden österreichischen Kaiserstaat und Deutschland. Wien, 1. Mai 1848. Wilh. Graf Wurmbbrand. Jarosch. Alois Borrosch.

(Fortsetzung der politischen Nachrichten in der Beilage.)

Handel und Industrie.

Lotterie. Hauptgewinne der 33. K. S. Landeslotterie, 5. Kl.: Nächste Ziehung am 19. Mai 1848: 30,000 Thlr.: Nr. 14,499; 1000 Thlr.: Nr. 2148, 7145, 7195, 12,270, 15,533, 16,270, 16,305, 20,317, 20,364, 25,691, 31,452 und 34,663. (Einzige Ziehung erster Klasse im 34. Spiel am 26. Jun. 1848.)

Leipziger Börse am 19. Mai 1848.

Table with columns: Course, Angebots-, Gesuch-, Staatspapiere, Actien, Angebots-, Gesuch-. Lists various financial instruments and their market prices.

Verantwortliche Redaction: Professor Bülow. Druck und Verlag von J. A. Brockhaus in Leipzig.

# An meine Mitbürger.

Die große Zeit, in der wir jetzt leben, und die uns die langersehnten Güter politischer Freiheit und socialer Entwicklung zuversichtlich bringen wird, schlägt leider für den Augenblick tiefe Wunden in die mühevoll existenz von Tausenden unserer Landsleute. Der Verkehr stockt, die Arbeit ruht, und wehklagend bringt der Hüfleruf brotloser Arbeiter an unser Ohr. Schon hat der Staat Mittel angewiesen, um der Noth in unsern vaterländischen Fabrikdistricten zu steuern; helfend und unterstützend muß aber die Wohlthätigkeit der Einzelnen der Thätigkeit der Verwaltung zur Seite gehen. Schon früher war ich einmal so glücklich, durch die öffentliche Ausstellung einiger meiner Gemälde eine nicht unbedeutende Summe den Nothleidenden des Erzgebirges zuweisen zu können, und so schlage ich, im sichern Vertrauen auf die schon so oft bewährte wohlthätige Gesinnung meiner Mitbürger und der anwesenden Fremden, noch einmal diesen Weg ein, indem ich meine Gemäldesammlung dem gesammten Publicum gegen eine kleine Gabe von mindestens 2 1/2 Ngr. eröffne. Möge ein zahlreicher Besuch reichliche Spenden gewähren! Jede Gabe trocknet die Thräne eines Unglücklichen.

Heinrich Schletter.

Die Gemäldesammlung ist in meinem Hause, Petersstraße, vom Sonntag den 21. Mai an bis auf Weiteres täglich von 11 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Nachmittags geöffnet.



## Bekanntmachung. Post-Dampfschiff-Verbindung zwischen Stettin und St.-Petersburg.

Nach einer Mittheilung der Kaiserlich Russischen Postverwaltung soll das Post-Dampfschiff „Wladimir“ am **Sonnabend den 20. d. Mts.** neuen Styls zum ersten Mal von Kronstadt nach Swinemünde (Stettin) abgehen.

Die erste Abfertigung desselben von Swinemünde (Stettin) nach Kronstadt wird dem zufolge **Sonnabend den 27. d. Mts.** stattfinden. Ueber die ferneren Fahrten des „Wladimir“ bleibt weitere Bekanntmachung vorbehalten.

Der Abgang des Personenschiffes „Borussia“, mit welchem wie früher die Passagiere des „Wladimir“ für Rechnung der Postverwaltung zwischen Stettin und Swinemünde befördert werden, erfolgt aus Stettin an den für den „Wladimir“ festgesetzten Abfahrtstagen **Mittags** nach Ankunft des ersten Dampfwagenzuges aus Berlin. [1867-69]  
Berlin, den 16. Mai 1848.

General-Post-Amt.

## Als höchst wichtig im gegenwärtigen Augenblick.

In allen Buchhandlungen ist zu erhalten, in Leipzig auch in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung:

## Entwurf

## des deutschen Reichsgrundgesetzes.

Von den XVII Männern des öffentlichen Vertrauens bearbeitet und am 26. April der Bundesversammlung übergeben.

Preis 2 Ngr. [1844]

## Deutscher Phönix. Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt am Main.

Folgendes sind die Resultate der in der dritten Generalversammlung vom 26. April 1848 abgelegten Rechnung des Jahres 1847.

**Grund-Capital 5 1/2 Millionen Gulden.**

**Reserven** (ausschließlich der für noch nicht regulirte Brandschäden zurückgesetzten Beträge): **241,870 fl. 7 Kr.**

Versicherte Summen vom 1. Januar bis 31. December 1847:

**Feuer-Versicherungen** von primo Januar bis ultimo December **168,370,715 fl.**

**Land- und Wasser-Transport:**

Versicherungen desgleichen **62,327,479 fl.** **230,698,194 fl.**

Der Protokollauszug und Rechnungsabschluss können von Jedermann bei dem unterzeichneten Hauptagenten, sowie bei den nachbemerkten Bezirksagenten eingesehen werden.  
Leipzig, am 20. Mai 1848.

Phil. Mainoni,

Haupt-Agent des Deutschen Phönix, Poststraße Nr. 14.

Karl Aue in Dessau.  
Rudolph Behm in Zerbst.  
G. E. Blumenau in Chemnitz.  
Hermann Büchner in Jittau.  
E. F. Dalichau in Rosslau.  
August Deger in Schleiz.  
Heinr. Duckwitz in Dresden.  
H. A. Gerlach in Gera.  
Oscar von Gohren in Cahla.  
Grossmann & Schmidt in Lobenstein.  
Julius Helbig in Wittenburg.

Eduard Jasper in Cöthen.  
Louis Leye in Greiz.  
M. S. Meyer Jun. in Wallenstädt.  
F. W. Richter in Ronneburg.  
L. W. Roth in Zeulenroda.  
Fr. Schadtewaldt in Coswig.  
Israel Selig in Bernburg.  
Rich. Tittelbach in Eisenberg.  
E. C. Winkler in Schmöln.  
Christ. Weichardt in Münsburg.

[1850]

Im Verlage von **Heinr. Matthes** in Leipzig ist soeben erschienen:

**Lamartine**  
über die rationelle Politik.  
Aus dem Französischen.  
2 Bdg. gr. 8. Geh. Preis 6 Ngr.

Die  
**belgische Constitution.**  
Aus dem Französischen.  
1 Bdg. gr. 8. Preis 3 Ngr.

Es sei uns gestattet, darauf hinzuweisen, daß die belgische Constitution die **anerkannt freisinnigste** ist, daher dürfte deren Lecture Jedermann sehr zu empfehlen sein. [1876]

In allen Buchhandlungen, Leipzig auch bei **Barth & Schulze**, ist zu haben:

**Eckermann's** Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens. Magdeburg, Heinrichshofen. Geh. 2 Thlr. [1877]

Bei **C. W. Schwetschke & Sohn** in Halle ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

**König Friedrich Wilhelm IV.**  
Ein Wort an meine deutschen Mitbürger.  
Vom Professor **Hinrichs** in Halle.  
Gr. 8. Geh. Preis 3 Sgr. [1859]

Unsere Freunde, die bei ihrer Reise Leipzig berühren, und überhaupt dem reisenden Publicum können wir mit Recht das in Leipzig gelegene Hotel **Zur Stadt Nürnberg** empfehlen. Bei einer freundlichen Lage, recht hübscher Einrichtung und guter Bedienung bietet es jedem Fremden die Bequemlichkeit, die für Leipzig nichts zu wünschen übrig läßt.

Dies die Anerkennung für vollkommene Zufriedenstellung.

Die **Adèle Gesellschaft** aus dem Zimmer Nr. 2. [1873] R. F. G. L. M.

## Epaulettes und Port d'Epées,

sowie Feldbinden, Scherven, Armbinden, Fingerringe, Achselknöpfe, Pompons, Goupen, Fahnen- und Trompetenquasten, Sutcordons, Flintenpfeife und Gurte, dreifarbig Band, Cocarden etc. empfehlen billigt und fertigen schnellstens

**G. Ettler & Co.,**  
Knopfsaaren-Fabrikanten in Leipzig, Barfuß [1874-75] gäßchen in der Kaufhalle.

NB. Bei Partien verhältnismäßigen Rabatt.

(Mit einer Beilage.)

Besterre  
burger  
tyrische  
Pesth.  
Siebenb  
Schweiz.  
rich. D  
Italien.  
Französi  
Die Ber  
prinz C  
österreich  
Portuga  
Frankrei  
such ein  
gen von  
sche Legi  
Großbri  
gen und  
braktar.  
lien. G  
Dänemar  
Unterha  
Schweden  
Griechen  
Moldau  
Wahlen  
Die Welt  
Unfändi

\* Aus  
Zeit und  
Landvolks  
Worts re  
auftrat, f  
bietet das  
die bei G  
auf der e  
ihren Gru  
der beiden  
tern: er m  
ner Unter  
nur aus g  
ruhigende  
Haus und  
seiner Abw  
drohe. Si  
Alarmzeic  
seine Famil  
würden sie  
den Aufen  
ten Geld z  
an seiner  
tage gelege  
mand besse  
sen guten  
legenheit m  
nach der W  
bader einen  
tere hätten  
stürzen helf  
— Die  
folgende P  
lament aus  
rium des  
Provinzen  
ments als  
bedingt bind  
erklären zu  
einer Auffod  
ehren, noch  
ben. Ein  
Schwäche d  
so weit die  
dann ist au  
genug hat,  
Barbarei un  
nehmen.  
† Pesth  
merc, will



## Uebersicht.

**Oesterreich.** \* Aus Deutsch-Böhmen. Dankbare Landleute. — Salzburger Petition. † Pesth. Das Ministerium. Die Radicals. Die illyrische Partei. Bauernruhen in Siebenbürgen. Arbeitseinstellung. Pesth. Abgesandte. Banknoten. Die Walachen. — Die Walachen in Siebenbürgen. \* Triest. Der Krieg.

**Schweiz.** Bern. Die Tagsatzung. — Der Landrath von Glarus. Zürich. Die Anseindung der Deutschen.

**Italien.** Mailänder Bulletin. — Der sardinische Gesandte in Paris. Französische Schiffe. \* Genua. Die Schiffesquadre. General Duaglia. Die Vereinigung mit Piemont. Parma. Marschall Marmont. Corsen. Prinz Corsini. Rom. Die Brüder des Papstes. Die Provinzen. Der österreichische Botschafter. — Die neapolitanischen Truppen.

**Portugal.** Finanzielles. Das Ministerium. Der Stromboli.

**Frankreich.** Angriff auf die Nationalversammlung und Regierung. Versuch einer provisorischen Regierung. Sieg des Bestehenden. Verhaftungen von Barbès &c. Abend Sitzung der Nationalversammlung. Die deutsche Legion. + Paris. Angriff auf die Nationalversammlung und Regierung.

**Großbritannien.** Kindtaufe im Buckinghampalast. Die Repealzeitungen und die Königin. Tod des Lord Ashburton. Michell verhaftet. Gibraltar. Spanische Befürchtungen. Die Dampfschiffverbindung mit Australien. Gerüchte.

**Dänemark.** Kopenhagen. Die aufgebrachten Schiffe. Oesterreichische Unterthanen.

**Schweden und Norwegen.** Großfürst Konstantin in Stockholm.

**Griechenland.** Athen. Die Insurgenten. Der türkische Gesandte.

**Moldau und Walachei.** Die Bojarenöhne. Die Leibgarde.

**Wahlen zur constituirenden Versammlung.**

**Die Geldfrage.**

**Ankündigungen.**

## Oesterreich.

\* Aus Deutsch-Böhmen, 15. Mai. Ein schönes Zeichen der Zeit und zugleich einen merkwürdigen Contrast zu dem Benehmen des Landvolks der Herrschaft Haunstein, welches im strengsten Sinne des Wortes revolutionair gegen die Rechte der dortigen Grundherrschaft auftrat, so zwar, daß 120 Mann Feldjäger requirirt werden mußten, bietet das Verfahren des Landvolks der Herrschaft Tüppelsgrün, die bei Gelegenheit der Wahlen für Frankfurt, gleich ihren Brüdern auf der ebenfalls dem Frhrn. v. Kleist gehörigen Besetzung Neudeck, ihren Grundherrn und keinen Andern wählen wollten. Die Bauern der beiden Herrschaften wendeten sich wiederholt mit der Bitte an Letztern: er möge es doch ihnen zu Gefallen thun und die Wahl aller seiner Unterthanen nach Frankfurt annehmen. Sie wußten wol, daß er nur aus guten Gründen nicht dazu geneigt sei; aber er möge die beruhigende und heilige Versicherung hinnehmen, daß ein Jeder von ihnen Haus und Hof verlassen und zum Schloß eilen werde, wenn während seiner Abwesenheit seiner zurückbleibenden Familie die mindeste Gefahr drohe. Sie wollten eine Sicherheitswache aufstellen und auf das erste Alarmzeichen derselben auch von allen übrigen Dörfern herbeieilen und seine Familie sowie sein Eigenthum mit Blut und Leben schützen. Auch würden sie, falls der Staat keine Entschädigung für die Reise und den Aufenthalt der Abgeordneten bestimmen sollte, nach ihren Kräften Geld zusammenlegen, um ihm thätlich zu beweisen, wie sehr ihnen an seiner Vertretung ihrer Interessen bei dem großen deutschen Landtage gelegen; denn sie lebten zu sicher der Ueberzeugung, daß sie Niemand besser vertreten könne und werde als er. Leider wurde aber diesen guten Leuten ihre Hoffnung vereitelt. Einsender Dieses hatte Gelegenheit mit einem bäuerlichen Wahlmanne der Herrschaft Tüppelsgrün nach der Wahl zu sprechen, der es ihm brüderlich klagte, daß die Karlsbader einen wildfremden Mann aus Wien gewählt hätten; aber Letztere hätten gemeint: das wäre Einer! der hätte den Metternich mit Stürzen helfen.

— Die Oesterreichische Zeitung bringt aus Salzburg vom 12. Mai folgende Petition um unbedingte Annahme aller vom deutschen Parlament ausgehenden Satzungen: Die Befertigten stellen an das Ministerium des Innern das Ersuchen: die Beschlüsse des von allen deutschen Provinzen und Provinztheilen Oesterreichs beschickten frankfurter Parlaments als die souveraine Stimme des gesammten deutschen Volks für unbedingt bindend für alle deutschen Provinzen und Provinztheile Oesterreichs erklären zu wollen, die entschieden slawischen Provinztheile aber weder mit einer Aufforderung zur Absendung von Abgeordneten nach Frankfurt zu beehren, noch überhaupt ihren sonstigen Anschluß an Deutschland zu betreiben. Ein großes, einziges, deutsches Parlament, ohne Zerrüttung und Schwäche durch slawische Abgesandte! Ein großes einziges Deutschland, so weit die deutsche Zunge reicht. Ist dies einig Deutschland gebildet, dann ist auch Oesterreich wieder einig und groß, da der Slawe Verstand genug hat, lieber die Freiheit unter der Regide Deutschlands als die Barbarei und die Knechtschaft unter der Knute Rußlands in Empfang zu nehmen.

† Pesth, 14. Mai. Der Minister des Innern, B. v. Szegetere, will zurücktreten. Sein Nachfolger wird wahrscheinlich der erste

Vizegespan des pesther Comitats Paul v. Nyari, ein Radicalsches, sein. Das ganze Ministerium wird von allen Seiten wegen seiner Unthätigkeit und Rathlosigkeit angefeindet. Die Lage Ungarns ist aber auch höchst kritisch. Wie wenig Ungarn auf sein eignes Militair rechnen könne, darf daraus geschlossen werden, daß bei den blutigen Scenen am 10. Mai die magyarischen Grenadiere die Hauptrolle spielten, und als sie darüber von den jungen Leuten, welche an demselben Abend die Demonstration machten, getadelt wurden, zur Antwort gaben, daß sie nur des Kaisers Leute seien und ihre eignen Väter auch durchbohren würden! Die Grenadiere waren freilich betrunken und auch diese Phrase war ihnen von den Offizieren eingetrichtert worden, aber solche Erscheinungen müssen doch die Ueberhebung der Magyaren heruntersstimmen. Im Ministerrathe selbst täuscht man sich über den wahren Stand der Dinge nicht und will durchaus keinen Bruch mit Oesterreich. Aber die radicale Partei träumt von der altmagyarischen Herrlichkeit und kann den Siegeszug des ungarischen Königs Matthias in Wien nicht vergessen. — Der Commandant von Peterwardein, Baron J. Prabosky, gab der illyrischen Partei in Neusatz, welche von ihm zwei Geschütze begehrte, die lakonische Antwort, daß er für sie nur Kugeln habe. Seitdem wagt diese Partei im Banat keinen offenen Schritt der Widersetzlichkeit, sie hofft aber Alles vom Ban von Kroatien; derselbe war am 9. Mai in Neusatz erwartet, traf jedoch nicht ein. — In mehreren Gegenden Siebenbürgens ist ein Bauernaufstand gegen die Edelleute ausgebrochen.

Die Schriftsetzer und Drucker drohen mit Arbeitseinstellung, wenn ihr Lohn nicht erhöht, die Arbeitszeit nicht auf 10 Stunden heruntersgesetzt werde. Auch die Handwerksgefallen sind im Zorn mit den Meistern. Die Setzer und Drucker werden von allen Blättern in Schutz genommen, gegen die arbeitverweigernden Gesellen aber hat die Regierung die Ausweisung aus der Doppelstadt verfügt.

Pesth, 13. Mai. In einem heute abzuhaltenden Ministerrathe soll beschlossen worden sein, den komorner Deputirten Dionys Pazmandy nach Frankfurt a. M. an das deutsche Parlament und Sigm. Perény nach Klausenburg als Abgesandte zu schicken. Auch erfährt man, daß nächstens 10 Mill. ungarische Banknoten gegen Hypothekensicherheit emittirt werden sollen. Brieflichen Nachrichten zufolge beabsichtigen die Walachen im Banat und Siebenbürgen sich absondert von den Illyriern als selbständige kirchliche Gemeinschaft zu constituiren. (Pesth. Z.)

— Nach dem Siebenbürgischen Wochenblatt kommen auf der zu Blafendorf am 15. Mai abzuhaltenden Versammlung des walachischen Volks folgende Punkte zur Berathung: 1) Gleichstellung des walachischen Volks in bürgerlicher, politischer und religiöser Beziehung mit den Ungarn und Sachsen; also Erhebung desselben zur recipirten vierten selbständigen Nation; 2) selbständige, ihrer Volkszahl angemessene Vertretung auf diesen und allen folgenden Landtagen; Uebersetzung der Landesgesetze in die walachische Sprache; 3) gänzliche Abschaffung der Frohnen, ohne alle Ablösungssummen von Seiten der Unterthanen; 4) nur dann eine Union mit Ungarn, wenn der gesetzgebende Körper ihnen solche Garantien gibt, die vom österreichischen Kaiser sanctionirt werden, wodurch ihr bürgerlicher, politischer, nationaler und religiöser Bestand hinlänglich gesichert wird.

\* Triest, 14. Mai. Am 9. Mai zog Feldzeugmeister Nugent von Belluno über Feltre die Piave entlang, abwärts an Conegliano vorbei, wo er zwei Brigaden zurückließ. Bei Ponte di Piave wurde man um 3 Uhr Nachmittags des Feindes ansichtig, der oberhalb der abgebrannten Brücke längs der Piave aufgestellt war. Eine Division päpstlicher Dragoner wurde zum Empfang entgegengesendet, diese aber von einer Division kaiserlicher Uhlanen im Rücken wie in der Flanke angegriffen und größtentheils abgesehritten, sodas nur wenige durch die Flucht entkamen, die meisten auf dem Plage blieben. Nachdem sie die feindliche Avantgarde vernichtet, floh auch die Hauptmacht in Unordnung gegen Treviso, wobei die 12, wie es im Heere heißt, vom Papste geweihten Kanonen, die sogenannten 12 Apostel, im Stich gelassen wurden. Unterhalb Conegliano ward dann von den Oesterreichern die Brücke geschlagen und die Piave am Abend desselben Tages von beiden Brigaden überschritten. Am Morgen des 10. Mai war das ganze Corps in Spresiano vor Treviso vereinigt. Eine Brigade blieb vor Treviso zurück, das Corps rückte unter General Nugent gegen das unbefestigte Vicenza vor. Nach verlässlichen Privatnachrichten ist Treviso und Vicenza von den Oesterreichern genommen worden (Nr. 140); doch fehlt darüber officielle Gewißheit.

## Schweiz.

Bern, 14. Mai. Die Neue Zürcher Zeitung bringt aus der Sitzung der Tagsatzung am 11. Mai den Antrag der von der Tagsatzung niedergesetzten Siebenercommission. Die eidgenössische Tag-

satzung beschließt: 1) Die vom eidgenössischen Vorort zum Schutze der Kantone Graubünden und Tessin aufgegebenen Truppen sind unter das Commando eines Divisionärs zu stellen, welchen der Kriegsrath zu bezeichnen hat; 2) in Basel ist das eidgenössische Commando einstweilen beizubehalten; 3) der Vorort wird eingeladen, außer der bereits bewilligten Anleihe zur Bestreitung der militairischen Ausgaben eine weitere Anleihe, wo möglich im Auslande, abzuschließen und der Tagsatzung zur Gutheißung vorzulegen; 4) die Cantone werden eingeladen, die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, damit auf ihrem Gebiete keine Werbungen von Freiwilligen behufs auswärtiger, nicht capitulirter Militairdienste stattfinden und daß die Bildung bewaffneter Corps zu auswärtiger Hülfeleistung unterbleibe.

— Der dreifache Landrath von **Starus** hat den Bundesverfassungsentwurf beraten, das projectirte Zweikammersystem verworfen, dagegen den Antrag der Standescommission, nämlich Einführung eines Repräsentantenraths mit Cantonalvertretung, angenommen.

\* **Zürich**, 4. Mai. Da die Lage der in der Schweiz angesiedelten Deutschen nun auch in Frankfurt zur Sprache gekommen ist und die Bundesbehörde Schritte gethan hat, um sich darüber genauere Aufschlüsse zu verschaffen, so ist es wol nicht überflüssig, hier noch einmal darauf zurückzukommen. Die Deutschen, d. h. nicht bloß die in der Schweiz lebenden Deutschen, sondern das deutsche Volk im Allgemeinen, wurden seit einiger Zeit von einer Reihe schweizerischer Blätter — wir nennen nur die Neue Zürcher-Zeitung, den Landboten, die Freien Stimmen in Zürich, die Neue Eidgenössische Zeitung in Baden, den Berner Verfassungsfreund und die Berner Zeitung, die Schweizerische Nationalzeitung in Basel und das Basellandschaftliche Volksblatt — mit den größten Schmähungen überhäuft, zu denen sie nicht den geringsten Anlaß gegeben hatten. Als Vorwand dazu wurden meistens die Ereignisse in Baden und jene in Italien benützt. Die nämlichen Leute, welche sich wohlweislich hüten, den italienischen Republikanern ihre Stimme zu leihen; die nämlichen, welche für die schweizerische Litzelsucht kein Wort des Tadels haben, weil sie selbst von ihr angesteckt sind; die nämlichen, welche ihren Unwillen über die Anstellung eines „katholischen Kargauers“ in Zürich äußern; die nämlichen, welche vielleicht täglich bei dem „Privatkirchhof“ vorübergehen, den schweizerische Republikaner gebaut haben, damit ihr patricischer Staub nicht mit Plebejerbeinen vermischt werde; die nämlichen, welche einst der Flüchtlingsheer Beifall klatschten, vor wenigen Jahren noch Herwegh, Heinzen u. s. w. auswiesen und dem Socialisten Treichler den Mund stopften; kurz, die nämlichen Leute, welche keine Ahnung davon haben, daß auch ihnen „der Popf hinten hängt“, fanden nicht Worte genug, um sich über die „horräthelnde Bornirtheit des deutschen Michels“ lustig zu machen. Dieser hätte ihnen das Vergnügen wol gönnen mögen, wenn sie nicht durch ihren aufreizenden und herausfordernden Ton bei einem Theile des schweizerischen Volkes eine Stimmung erzeugt hätten, die zu ernstlichen Reibungen führen konnte und hier und da wirklich geführt hat. Die Mishandlungen, denen deutsche Soldaten in Basel ausgefetzt waren, sind bekannt; ebenso der den deutschen Farben zugesetzte Schimpf, der, mag es sich nun damit wie immer verhalten, der französischen Tricolore gewiß nicht angethan worden wäre, und von Schweizern, die vor ein paar Jahren ein solches Geschrei erhoben, als einer ihrer Landsleute die eidgenössische Fahne beleidigte, am allerwenigsten als unbedeutende Kleinigkeit dargestellt werden sollte. Von andern hierher gehörigen Thatsachen mag nur angeführt werden, daß der Präsident des deutschen Nationalvereins in Zürich, Professor Bobrik, auf eine angebliche Aeußerung desselben hin, die sich als Verleumdung erwies, mit der Volksjustiz bedroht wurde, und daß von schweizerischen Arbeitern bereits Schritte gethan worden sind, um Ausweisung derjenigen deutschen Arbeiter zu erwirken, in deren Heimat den Schweizern nicht Gegenrecht gehalten wird. Es versteht sich nun von selbst, daß der misgünstigen schweizerischen Presse gegenüber von irgend welchem Einschreiten nicht die Rede sein kann; ja es wäre auch der deutschen Presse vollkommen unwürdig, die Schmähungen derselben auf andere Weise zu erwidern, als daß sie zwar für das Recht ihrer Landsleute entschieden in die Schranken tritt, sonst aber sich auf ruhige Widerlegung gehässiger Verleumdungen beschränkt. Sie kann es mit Zuversicht dem gesunden Sinne des Schweizervolks überlassen, dem unwürdigen und jetzt, wo Völkerverbrüderung das Lösungswort ist, doppelt unverständigen Treiben jener Hezer zu steuern. Nöthig ist jedoch eine bessere diplomatische Vertretung der Deutschen, wie überall im Auslande, so auch in der Schweiz; eine Vertretung, die dann am sichersten mit dem gehörigen Nachdruck stattfinden wird, wenn ihr ein durch Einheit und Einigkeit starkes Deutschland zur Stütze dient. Nöthig ist ferner eine bessere Regelung der Heimatsverhältnisse; nöthig sind endlich auf vollkommener Gegenseitigkeit beruhende Verträge über Verkehrs-, Niederlassungs- und Gewerbrecht. Darauf möge man in Frankfurt sein Augenmerk richten; es ist das beste Mittel, dem deutschen Michel im Auslande einen Ehrenplatz neben John Bull zu sichern.

## Italien.

Mailänder Armeebulletin vom 11. Mai: Auf die Nachricht, daß die ferrareser Compagnie unter Capitain Rossi, 120 Mann stark, sich bei Cornuda mit einem weit überlegenen Feind in Kampf eingelassen habe, eilte General Ferrari am Vormittag des 8. Mai mit der zweiten römischen Legion unter Patrizi und mit dem Schützenregiment, im ganzen 1800 Mann, den Unfern zur Hülfe. Um 6½ Uhr langten die tapfern Päpstlichen auf dem Kampfplatz an, und begannen ein lebhaftes Feuer, das bis gegen 8 Uhr Morgens währte. Der Feind brauchte die Artillerie ohne uns zu schaden, wir zählten nur drei Verwundete. Die Compagnie Gentiloni hatte sich sogar der starken Stellung Madonna della Rocca bemächtigt, die sie indeß aus Mangel an Munition nicht behaupten konnte. Um 6 Uhr Morgens am 9. Mai begannen die Unfrigen den Angriff aufs lebhafteste und schlugen sich zehn Stunden lang mit einem Muth und einer Tapferkeit ohne Gleichen. Während die Verluste des Feindes sehr bedeutend waren, hatten die Unfern nur zehn Verwundete und einige Todte. Der Feind, der sich während der Nacht verstärkt haben muß, wird etwa 5000 Mann gezählt haben. Da aber General Ferrari fürchtete, der Feind versuche den Uebergang über die Brücke della Priula über die Piave zu erzwingen und auf Treviso zu fallen, sammelte er seine Truppen, um sich zu seinem Hauptquartier in Montebelluno zu begeben, wo er an demselben Tag um 7 Uhr Abends ankam. Der Feind stieg nicht herab, um die Stellung der Unfern bei Cornuda einzunehmen. General Durando mußte an diesem Tag in Bassano sein und hat vielleicht den Feind schon über Feltre zurückgeworfen. Die zwei Regimenter päpstliche Freiwillige unter Herzog Rante sind in Treviso mit dem berühmten Pater Savazzi als ihrem Kaplan eingetroffen, die dritte römische Legion und ein Theil der vierten unter Gallieno besetzen einen Punkt auf der Piavelinie.

— Piemontesische Blätter melden, daß der piemontesische Gesandte in Paris Auskunft über die Gerüchte von französischen Truppenmärschen nach Italien verlangt habe, worauf die Zusicherung ertheilt wurde, daß sie durchaus grundlos seien. — Aus Venedig berichtet man der Mailänder Zeitung mit Freuden, man habe französische Schiffe bemerkt. (N. Z. Z.)

\* **Genua**, 11. Mai. Gestern hat die Escadre, die nach dem Adriatischen Meere bestimmt ist, die Anker gelichtet. Sie besteht aus zwei Corvetten und zwei Dampfschiffen. Noch wird die Fregatte Curidice nachfolgen, um unsere dort schon befindliche Schiffsmacht zu verstärken. Auch sind aus dem Hafen von Villafranca mehre Kanonenboote direct nach dem venetianischen Küstengebiet abgesandt worden. — Der bekannte General Duaglia ist wieder aus dem Obercommando der Communalgarde von Genua ausgeschieden und nach Turin zu der etwas sonderbaren Function oder vielmehr Sinecure eines Generalinspectors des Waarenmagazins berufen worden. — In Piacenza, das sich von Anfang unter allen italienischen Städten zumeist der Vereinigung mit Piemont geneigt zeigte, hat der durch Majoritätsstimme herbeigeführte Anschluß stattgefunden und ein großes Freudenfest zur Folge gehabt. Von den Stimmen entschieden sich 10 für Parma, 60 für die Lombardei, 300 fielen auf Pius IX. und 37,000 auf Piemont, welches Resultat demnach als eine fast einstimmige Wahl gelten kann.

Außer Piacenza und Reggio hat auch in Parma, nach einer auf die Aufforderung eines seit 1831 verwiesenen Parmensers stattgefundenen öffentlichen Verhandlung, die provisorische Regierung den Anschluß des Landes an Piemont erklärt. Man gibt sich nun der Hoffnung hin, daß auch andere Staaten diesem Beispiele folgen und so die Einheit Italiens als fait accompli von selbst und ohne fremde Einmischung zu Stande kommen werde. Anderntheils hat die Republik Venedig sehr wenig Aussicht auf weitem Einfluß, da sie selbst in Italien wenig Sympathien findet und durch die österreichische Blockade und das Zurückdrängen Ruggent's gar bald sich auf ihre Lagunen beschränkt sehen wird. Zwar hat sich in Mailand unter der Präsidentsur Jos. Sistori's eine Societa repubblicana gebildet, die durch Placate und andere Druckschriften auf das Volk zu wirken sucht, aber die provisorischen Regierungen von Brescia, Cremona und Bergamo haben sich schon für Karl Albert ausgesprochen.

Italienische Blätter bringen die Meldung, daß der vormalige französische Marschall Marmont den Befehl über eine Division in der österreichischen Armee des Generals Ruggent übernehmen werde. In Mailand haben sich 2000 völlig ausgerüstete Corsen zur Disposition der provisorischen Regierung unter der Bedingung gestellt, daß sie anderthalb Francs täglich zugesichert erhalten. Der Kriegsminister Prinz Corsini geht mit einer außerordentlichen Sendung des Großherzogs von Toscana in das Kriegslager Karl Albert's. Der retrograde Schritt, den der Papst zu thun versucht hat, wird in Rom namentlich den Intriguen der englischen Diplomatie zugeschrieben.

**Rom**, 8. Mai. Die Brüder des Papstes sind hier eingetroffen und in einer Privatwohnung in Via Condotti abgestiegen. Die Civica

hat ihnen  
rend ist di  
dem Quir  
sen. Die  
zeiten betr  
zur Zeit n  
denselben  
ten. Die  
sieben ang  
schaffter sei  
gen. Uel  
rath Comr

— Die  
von einer  
nischer Tru  
Pepe ist a  
gefahren, i

Aus  
und im La  
des Mini  
waren mit  
schentwurf  
Auffschlag  
wissen will  
steht, geht  
vor; derma  
der Dampf

## Paris.

„Weld  
hem, aber  
nen Bericht  
reich mit n  
trauen verl  
in einem W  
hat sie sofo  
Freiheit ist  
an sah ma  
bedeckt. D  
beschieden  
angeblich ei  
hat indessen  
stration am  
men, nicht  
gedachte.  
edenfalls G  
hen. Offen  
Pistolen bei  
Anstifter de  
nicht zum  
Sie wollten  
terstüht, die  
die Auflösun  
zeitig das E  
Regierung e  
nen. Der E  
Zuge nach d  
Krieg, hörte  
für uns ges  
nicht, wovon  
haben wir n  
dreierlei Pol  
und wie for  
ihm zu Leib  
in der Meh  
11 Uhr nad  
Ruf: es sel  
dem Sitzung  
von Neugier  
hatte ein sta  
waren aller  
Schwadron  
Innern das  
Art dieser Au  
den. Anstatt  
von wo die  
abzusperrn,  
Länge der B

hat ihnen eine Ehrenwache gegeben. Wichtiger und für Viele alarmirend ist die Nachricht, daß das Bataillon von Trastevere auf heute nach dem Quirinal beschieden ist, um dem heiligen Vater den Fuß zu küßen. Diese Demonstration wird als der Beginn bürgerlicher Zwistigkeiten betrachtet. Dagegen sollen die Nachrichten aus den Provinzen zur Zeit noch beruhigend lauten. Der Polizeiminister Galletti war nach denselben abgegangen, um zur Beschwichtigung der Gemüther mitzuwirken. Die Zahl der nach dem Quirinal geflüchteten Cardinale wird auf sieben angegeben. Die Angabe der Epoca, daß der österreichische Botschafter seine Pässe bereits erhalten habe, scheint sich nicht zu bestätigen. Uebrigens steht sein Abgang nahe bevor. Er läßt den Botschaftsrath Commandant v. Ohms hier zurück. (A. 3.)

— Die officielle Zeitung Neapels vom 3. Mai erklärt das Gerücht von einer Note Englands an Neapel wegen des Durchzugs neapolitanischer Truppen durch das päpstliche Gebiet für ungegründet. General Pepe ist auf dem Dampfer Stromboli den abgereisten Truppen nachgefahren, über die er den Oberbefehl führt. (A. 3.)

### Portugal.

Aus Lissabon sind Nachrichten vom 9. Mai eingegangen. Dort und im Lande war die Ruhe fortwährend ungestört; einer Aenderung des Ministeriums sah man jedoch abermals entgegen. Die Cortes waren mit den finanziellen Maßregeln nicht weiter gekommen. Ein Gesetzentwurf war jedoch vorgelegt worden, der vom 1. Jul. an einen Aufschlag aller Zölle um 10 Proc., zahlbar in Banknoten, eingeführt wissen will. So lange der Disconto der Noten nicht unter 30 Proc. steht, geht für die Einführenden daraus kein eigentlicher Verlust hervor; dormalen steht er 52. Im Tejo lag nur ein britisches Kriegsschiff, der Dampfer Stromboli.

### Frankreich.

Paris, 16. Mai.

„Welch ein Tag, welcher fürchterliche Tag! reich an Schmerzlichem, aber auch reich an Größe!“ beginnt das Journal des Debats seinen Bericht über die Vorgänge, welche gestern Paris und Frankreich mit neuer Anarchie bedrohten. „Allein laßt uns nicht das Vertrauen verlieren. Die Freiheit hat eine schreckliche Wunde empfangen in einem Augenblick, die Hand des Volks, des wirklichen Volks aber hat sie sofort zugebedeckt und das herausströmende Blut gestillt. Die Freiheit ist gerettet, Frankreich ist noch Herr seiner selbst.“ Von 10 Uhr an sah man gestern den Bastilleplatz mit Deputationen der Clubs bedeckt. Die Arbeiter aus den Nationalwerkstätten waren ebendahin beschieden und pünktlich erschienen. Der Zweck von allem Dem war angeblich eine große Demonstration zu Gunsten von Polen. Die Folge hat indessen dargethan, daß die heftige Partei, welche mit der Demonstration am 17. März und 16. April ihren Wunsch, aus Kuder zu kommen, nicht erreicht, diesen unter der Fahne „für Polen“ durchzusetzen gedachte. Vom Bastilleplatz bis zum Boulevard St.-Martin waren ebenfalls Clubs aufgestellt. Nicht auf offenen Kampf war es abgesehen. Offenbar bewaffnet war Niemand, wenn auch Viele Dolche und Pistolen bei sich getragen haben mögen, wie sich später auswies. Die Anstifter der Sache waren aber zu überzeugt, daß offener Kampf sie nicht zum Ziele bringen werde, daß sie darin unterliegen würden. Sie wollten daher mitten im Sitze der Gewalt, von Volksmassen unterstützt, die Gewalt stürzen. Wenn in der Nationalversammlung selbst die Auflösung derselben im Namen des Volks ausgesprochen und gleichzeitig das Stadtthaus in Besitz genommen und eine neue provisorische Regierung eingesetzt werde, glaubte man das Spiel gewinnen zu können. Der Ruf: es lebe Polen! erklang sehr frühzeitig in den zum Zuge nach der Nationalversammlung aufgestellten Haufen. Wir wollen Krieg, hörte man Arbeiter erklären, denn mit allem Dem, was bisher für uns geschehen ist, haben wir keine Arbeit bekommen und wissen nicht, wovon wir leben sollen. Krieg in Italien, sagten Andere; da haben wir nur die Alpen zu überschreiten; wegen Polen aber? es gibt dreierlei Polen und eins ist gegen die anderen. Was sollen wir da? und wie kommen wir hin? Deutschland würde glauben, wir wollten ihm zu Leibe. Genug, es mochten 50—60,000 Mann sein, die sich in der Mehrzahl zu einer angeblichen Demonstration für Polen um 11 Uhr nach der Nationalversammlung in Marsch setzten, und den Ruf: es lebe Polen! unablässig erschallen ließen. Die Zugänge zu dem Sitzungssaale der Nationalversammlung waren sehr früh schon von Neugierigen umlagert. Eines Hauptzugangs des Palais Bourbon hatte ein starker Trupp von Leuten aus den Clubs sich versichert. Es waren allerdings 3 Bataillone der mobilen Nationalgarde und eine Schwadron berittener Nationalgarde in der Umgebung des Palais, im Innern das gewöhnliche Bataillon Nationalgarde aufgestellt. Allein die Art dieser Aufstellung erschien sehr mangelhaft unter obwaltenden Umständen. Anstatt wie bei frühern Gelegenheiten die nach dem Concordienplatze von wo die Demonstration zu erwarten war, hinüberführende Brücke abzusperrern, waren die daselbst befindlichen Nationalgarden nur in der Länge der Brücke aufgestellt, und eine dreifache Passage zwischen ihren

Reihen war gestattet. Den Mittelweg hatten Arbeiter sechs Mann hoch eingenommen. Im Innern der ehemaligen Deputirtenkammer und des Sitzungssaals der Nationalversammlung herrschte gestern außerordentliche Unruhe. Eine Menge Polen, zum Theil von Krakau zurückgekommen, waren im Saale de la Pair und erwarteten mit Spannung den Beginn der Sitzung, in der über die Hoffnungen ihres Vaterlandes wieder einmal entschieden werden sollte. Um 12 $\frac{1}{2}$  Uhr ward die Nationalversammlung eröffnet. Auf den Galerien waren mehr Frauen als bisher anwesend. Für die zu dem unterbliebenen Fest auf dem Marsfelde gekommenen Deputirten der Departements waren Plätze vorbehalten. Die Verhandlung begann mit der Anfrage an den General Courtais wegen eines von ihm veröffentlichten Tagesbefehls über Verschiebung des Festes auf dem Marsfelde. Der General war jedoch nicht anwesend. Der Präsident zeigte dann den Eingang von Bittschriften zu Gunsten Polens von der polnischen Demokratie, von einzelnen Polen (eine bezeichnet die diplomatische Correspondenz über Polen als unvollständig), von Clubs in Paris, Puteaux, Bürgern in Strasburg, Auxerre, Moulins an. Er theilte ferner mit, welche Wahl die an mehreren Orten zu Mitgliedern der Nationalversammlung ernannten Deputirten getroffen hätten. Ein von dem Dichter Béranger eingegangenes Schreiben erklärte trotz der von der Nationalversammlung verweigerten Annahme seines Austritts, daß er diesen aus Gesundheitsrücksichten unwiderrüflich beschloßen habe. Ein Deputirter der untern Seine, Arbeiter Martineff, gab seinen Austritt mit der Erklärung, daß er sich den hohen Pflichten nicht gewachsen fühle, welche seine Stellung hier ihm auferlege. Der Abgeordnete d'Aragnon begann die Interpellation wegen der italienischen Angelegenheiten. Er habe stets gewünscht, daß die Oesterreicher aus Italien vertrieben würden, deshalb die mailänder Revolution jubelnd begrüßt. Für unmöglich gehalten habe er zugleich, daß Frankreich derselben nicht beispringen werde. Was die provisorische Regierung gethan, scheine ihm aber unzureichend. Der Minister des Auswärtigen, Hr. Bastide, holte mit seiner Antwort sehr weit aus und erklärte zuvörderst, daß die sofort nach Proclamation der Republik von Lamartine gegebene Darlegung über die Principien derselben die Richtschnur seines Verhaltens bleiben würde; allein dem Princip der Volkssouverainetät entgegen würde sein, wenn sie ausziehen wollten, um in den Nachbarländern unter dem Schutze der französischen Bayonnete die Freiheit votiren zu lassen, wie man in Frankreich unter dem Schutze fremder Bayonnete die Bourbons hergestellt habe. Durch Beispiel und nicht durch Zwang wolle Frankreich Propaganda machen. Der Abg. d'Aragnon verlangte jedoch die Zusicherung, daß Frankreich in Italien einschreiten werde, wenn man es dazu auffodere und Italien französische Hülfe bedürfe; sodann ob man darauf vorbereitet und wie stark die sogenannte Alpenarmee sei? General Subervie erwiderte, daß sie bereits 30,000 Mann zähle. Der Abg. d'Aragnon erklärte schließlich, daß das keine hinreichend starke Armee sei. Uebrigens werde er sich stets Allem widersetzen, was ein italienisches Dorf bei Oesterreich bleiben lasse. Hr. Lamartine nahm dann das Wort und sagte, daß er als früherer Minister des Auswärtigen die Interpellation wegen Polen abwarten werde, um auf beide zu antworten. Hr. Wolowski betrat jetzt die Rednerbühne. Gleichzeitig hört man wüsten Lärm von außen und den Ruf: Es lebe Polen! dazwischen. Viele Mitglieder erhoben sich, andere riefen: Laßt uns auf unsern Posten bleiben; die Schreier dürfen unsere Berathung nicht stören. Die polnische Frage sei die wichtigste, begann Hr. Wolowski, die zu entscheiden sei, denn von ihr hänge Krieg oder Frieden ab. Man habe also sich umzusehen nach den Mitteln, durch welche Polen zu helfen sei. Der Lärm von außen ward hier ärger; die Quästoren und andere Personen gingen hinaus, um sich von Dem zu unterrichten, was vorgehe. Der Versammlung bemächtigte sich das Gefühl, es müsse etwas Ungewöhnliches sein. Lamartine und Ledru-Rollin eilen ebenfalls hinaus. Viele Abgeordnete folgten. Unruhe verbreitet sich in der Versammlung und auf den Galerien. Plötzlich ruft Jemand nach einem Arzte für einen Mann von der mobilen Nationalgarde, welchem ein Mann aus dem Volk ein Auge ausgestochen habe. Der Quästor Degouffée kommt hereingestürzt und erklärt, der die bewaffnete Macht zum Schutze der Versammlung commandirende General habe dem Verlangen des Präsidenten und der Quästoren entgegen das Bayonnet abnehmen lassen. Man ruft: Das ist eine Infamie! Der Commandant muß vorgelodert werden! Eine Masse Volk ohne sichtbare Waffen hatte inzwischen die Gitter überfliegen, die Thüren gesprengt, war in die ehemalige Deputirtenkammer und in die Bureauzimmer gedrungen. Lamartine und Ledru-Rollin, die Dem wehren wollten, sollen mehrfach dabei gefährdet gewesen sein. Im Saale der Nationalversammlung herrschte Bestürzung, noch mehr auf den Galerien. Plötzlich drangen die Clubs mit ihren Fahnen dort ein und der Saal erschallte von dem Rufe: Es lebe Polen! Es war 1 Uhr vorüber. Das Entsetzen der Frauen, die Entrüstung der Versammlung läßt sich nicht schildern, sagen die Berichte. Aber in wenig Augenblicken darauf wurden die Thüren des Sitzungssaales selbst aufgesprengt und mit dem Geschrei: Es lebe Polen! es lebe Louis Blanc und die Organisa-

tion der Arbeit! drang auch hier die Menge ein. Gleichzeitig glitten Männer der Clubs von den Galerien, an den Säulen, welche dieselben tragen, in den Saal hinab. Hier suchten die Huissiers ihnen zu wehren. Sie wollten einem Fahnenträger seine Fahne abnehmen, worüber eine Art Kampf entsteht. Der Präsident bedeckt sich. Ein Huissier wird niedergeworfen. Die Abgeordneten Karoche-Jaquelein und Froussard werden als solche genannt, die übel behandelt wurden. Die Mehrzahl blieb auf ihren Bänken. Einzelne machten ihrem Zorn in Reden Luft, auf deren Heftigkeit man aber nur aus der Gesticulation schließen konnte. Arbeiter und Männer der Clubs wollen sich auf sie stürzen; sie werden von andern Arbeitern zurückgehalten. Barbès betrat die Rednerbühne, aber man ließ ihn nicht zum Worte. Präsident Buchez, welcher seinen Stuhl verlassen hatte, kam dahin zurück. Louis Blanc foderte das Volk auf den Saal zu verlassen. Dieses rief: Es lebe Louis Blanc! applaudirte und blieb. Auch drang immer mehr nach. Hr. Raspail wollte eine Bittschrift für Polen verlesen. Aber man rief, wer ihm das Wort gegeben habe? Ein Wortwechsel folgte, die Bittschrift ward endlich vorgelesen und ein fürchterliches Beifallsgeschrei beschloß dieselbe. Hr. Blanqui trat jetzt auf, um das Ultimatum des Volks zu erklären. Auf der Stelle und in dieser Sitzung solle der Krieg für Polen ausgesprochen, Gerechtigkeit für die Mordscenen in Rouen gewährt, sollen Maßregeln zur Verbesserung des Looses der Arbeiter beschlossen werden. Ehe Das geschähe, werde das Volk den Saal nicht verlassen. Die Deputirten der Nation hielten indessen mit ziemlicher Fassung Stand. Ledru-Rollin erneuert die Aufforderung an die Eindringlinge, den Saal zu räumen. Blanqui fodert die Errichtung eines Fortschritts- und Arbeitsministeriums, Barbès die Besteuerung der Reichen mit 1000 Millionen. Auf der Gallerie im zweiten Stock erscholl hier das Geschrei, sie breche ein. Was die Folge der dadurch entstandenen neuen Verwirrung war, weiß noch Niemand. Viele Mitglieder der Nationalversammlung entfernten sich jetzt, und ein ehemaliger politischer Beurtheiler Hubert, Präsident des Club der Clubs, erklärte dieselbe im Namen des Volks für aufgelöst. Die Menge schrie Beifall. Der Präsident Buchez hatte sich wieder entfernt. Der Ruf: Zum Stadthause! eine neue provisorische Regierung erhob sich dann und die Masse zog dahin ab.

Etwa 100 Mitglieder der Nationalversammlung waren noch anwesend, als die Menge fort war. Lamartine erklärte ihnen und den in den Saal gekommenen Nationalgardisten, daß an einem solchen Tage die Regierung auf die Straße, auf das Schlachtfeld gehöre. Wir wollen alle hin! antwortete man ihm. Inzwischen zogen die Clubs unter dem Rufe: Es lebe Blanqui, es lebe Barbès! über die mit staunenden Menschen gefüllten Quais zum Stadthause. Zwar waren dessen Gitter geschlossen und die Wache suchte den Einlaß Begehrenden zu wehren; sie gelangten gleichwol hinein. Ein paar Waffenhandlungen am Grévequai wurden inzwischen geplündert. Die dreifarbigte Fahne verschwand vom Stadthause und die der Clubs ward aufgespikant. Aus den Fenstern flogen Zettelchen mit den Namen der Mitglieder der neuen provisorischen Regierung. Pierre Leroux, Barbès, Blanqui, Cabet, Proudhon, Louis Blanc, Albert, Huber, Raspail, Ledru-Rollin waren darauf genannt, auf andern Sobrier, Cauffidière, Thoreé und Considerant. Schon rückten aber von allen Seiten die Legionen der Nationalgarde heran. Das Stadthaus ward eingeschlossen. Die Artilleriemannschaft der Nationalgarde drang in dasselbe ein. Ein einziger Flintenschuß fiel. Barbès, Albert, Thoreé und Andere, man sagt 60 Personen, wurden im Stadthause, General Courtais in der ehemaligen Deputirtenkammer, Sobrier im Bureau des Blattes *Commune de Paris* verhaftet. Lamartine erschien bald im Stadthause, von dem die Fahne der Clubs wieder entfernt wurde; man riß sie in Fetzen. Die Behörden waren damit hergestellt. Das Stadthaus war Abends wie die ganze Stadt illuminirt. Eine Proclamation des Ministers des Innern, Recourt, verkündete, daß das unsinnige Unternehmen einer von Factionen verleiteten Menge zu Schanden geworden sei. Die Nacht ist ruhig vergangen. Für heute sind alle Maßregeln genommen, welche die Umstände verlangen.

— Die Nationalversammlung hielt Abends noch eine Sitzung. Der Justizminister Crémieux gab Auskunft über die angeordnet gewesenen Vorsichtsmaßregeln, die der Quästor Degoussé als ungenügend vollzogen bezeichnet. Ein Mitglied will die Verhandlung über die polnische Angelegenheit aufgenommen wissen, ein anderes fodert Permanenzerklärung. Eine Einladung, die Sitzung in das Luxembourg zu verlegen, hat keine Folge. Die Autorisation zur Verhaftung der Mitglieder Barbès und Courtais wird nachträglich erteilt. Lamartine bringt der Versammlung die von allen Seiten eingehenden Proteste der Bevölkerung von Paris gegen die Bewegung. Ein Lärm an einem der Eingänge ging hier dem Erscheinen von Louis Blanc voran, der bleich und mit zerrissenem Kleid von Nationalgardisten hereingestossen wurde. Er suchte in einer Rede, die jeden Augenblick unterbrochen ward, sich rein zu waschen, muß aber endlich die Tribune verlassen. Um 10 Uhr ward die Versammlung auf heute Vormittag vertagt.

— Der Präfect des Oberrheins hat der Regierung gemeldet, daß sich die Ueberreste der republikanischen deutschen Legion unter Hecker und Heitzen auf französisches Gebiet geflüchtet hätten. Das Executivcomité hat, sagt man, entschieden, diese Reste mit möglichster Menschlichkeit zu behandeln, vorausgesetzt, daß sie ihre Waffen niederlegen und nicht organisiert bleiben.

+ Paris, 15. Mai. Wehe, wie weit ist es, wie weit wird es noch mit Frankreich kommen! das Motiv der heutigen, fürchterlichen Volksmanifestation ist Polen! Alle Clubs, Blanqui, Barbès, Raspail an der Spitze, sind mit ihren Abgeordneten, Alles wahre Räuber- und Mordbrennerphysiognomien, in den Saal der Nationalversammlung gedrungen. Gott im Himmel, welch ein Anblick! Männer mit langen Bärten, wilden Gesichtern, struppigem Haar schreien und toben wild durch einander; das ist nicht nur die Fortsetzung vom 24. Febr.; alles bisher Gesehene wird weit, weit übertroffen! Die Damen sinken in Ohnmacht, zum Unglück nehmen sie heute den größten Theil der öffentlichen und reservirten Tribünen ein.

3 1/2 Uhr Nachmittags. Der Zudrang wird größer, das Geschrei noch stärker, Männer mit Waffen erscheinen, im Hofe hört man einen Flintenschuß, man spricht sogar von Kanonen, welche das Volk gegen die Kammer führt, doch scheint dies übertrieben.

3 3/4 Uhr Nachmittags. Jetzt sehe ich eine Proclamation an allen Eingangsthoren der Kammer: „Krieg mit Oesterreich, Preußen und Rußland! Polen soll befreit werden!“

4 Uhr Nachmittags. Die Deputirten sitzen alle fest auf ihren Plätzen, der Andrang wird ungeheuer stark.

Nach 4 Uhr. Männer mit Dolchen und Messern manipuliren gewaltig über die Köpfe der Deputirten; vier verwundete junge Leute werden herausgetragen. Ueber 25 Fahnen mit und ohne polnischen Adler, mit den Worten: Freiheit, Gleichheit, Bruderliebe! Hoch lebe Polen! Alles für Polen! Alle für Einen, Einer für Alle! Eine Wache am Eingange besteht nicht, die Nationalgardisten zu Fuß und zu Pferde sind verschwunden.

4 1/2 Uhr Nachmittags. Barbès spricht jetzt von der Tribune, gewaltigen Applaus, Vivat! Vive Barbès! Die Deputirten verlassen nicht ihre Plätze, sie sitzen und bleiben bis zu Ende auf ihren Plätzen fest sitzen, fest wie Eisen und Stein, das ist ein Glück für sie und Frankreich, denn lebendig käme jetzt bei dieser vagen, aufgeregten Gemüthsstimmung keine Seele aus dem Saale. Die Säbel werden jetzt aus der Scheide gezogen, die provisorische Regierung proclamirt: Louis Blanc, Barbès, Blanqui, Raspail, Cabet, Proudhon, Pierre Leroux, Albert, Cauffidière.

### Großbritannien.

London, 15. Mai.

Im Buckinghampalaste hat ehegestern die Taufe der jüngst geborenen Tochter der Königin Victoria stattgefunden, welche die Namen Louise Karoline Alberta erhalten hat.

— Das Freeman's Journal, ein Organ der alten Repealer, verspricht der Königin, wenn sie nach Dublin kommen sollte, einen Empfang würdig des Souverains eines freiheitsliebenden und freisuchenden Volkes. Die Königin und ihr irisches Parlament werde der Ruf ihrer loyalen Unterthanen sein. Die „Nation“, das Blatt des jungen Irlands, meint, irgend ein Schloßgeist habe dem Lordlieutenant eingeflüstert, das Staatsspectakel eines Besuchs der Königin in Irland werde dieses zum gehorsamen Sklaven machen. Der arme Tropf! Die Königin sei ein Weib und also vor Insulten sicher. Allein wenn sie zu anderem Zwecke komme, als um ein irisches Parlament zu öffnen, werde ihr vom Hafendamm der Ruf Repeal entgegen donnern und werde nicht aufhören, bis sie wieder davon segle. Vor ihren Ministern und Hofgesinde werde man allenthalben das schwarze Banner von Skibbereen (wo das gräßlichste Elend und die größte Hungersnoth im vorigen Jahre herrschte) einhetragen; jeder Mund werde nur von Irlands Leiden reden oder sein Recht fordern. Allein, schließt die „Nation“, wir versprechen, die Königin kommt nicht, was auch die Schloßzeiten deshalb sagen mögen.

— Lord Ashburton, geboren 1774, bis 1835 als A. Baring im Unterhause, Präsident des Handelsamts in dem Ministerium Peel von 1834, 1842 Gesandter in den Vereinigten Staaten, ist gestorben. Nach dem Nekrolog in der Times war die Familie Baring vor der Mitte des 16. Jahrhunderts in Ostfriesland zu Hause und wendete sich dann nach Bremen. Die Pairwürde erhielt der Verstorbene durch Sir R. Peel und die Times spottet einigermaßen darüber, indem sie die Ertheilung derselben mehr auf Rechnung seines Reichthums als seiner Verdienste setzt.

— Aus Dublin wird die Verhaftung des Herausgebers des United Irishman, des Blattes der Conföderirten gemeldet. Sie ist auf Grund der neuen Acte zu besserer Sicherheit von Krone und Regierung wegen von Hrn. Mitchell absichtlich verführter Feindseligkeit gegen die Königin durch mündliche und in dem erwähnten Blatte verbreitete Rathschläge

dazu und  
mal kann  
geführte

— In  
Depeschen  
Aufständen  
langen begi  
tueller Unte  
verneuers de  
Rob. Wils  
und in Cad  
Sir G. M

— Die  
bindung  
lungen se  
die Dampf  
wird jetzt  
taoia und  
züglich sich  
mit China,  
dung komm  
Ansielung  
und Adela  
und Port  
Beförderun  
gerichtet we

— Ein  
ten Sache  
wieder ans  
nanzsystem,  
Alles sei jü  
ronets am

Kopen  
beträgt circ  
enthalten.

läufige Ver  
Prisengerich  
Condemniru  
Verordnung  
wird alles g  
hier ihre Co  
Mannschaft  
den Steuerl  
Am Bord e  
befanden sich  
und Gut auf

Die G  
meldet aus  
tin angeko  
sehen.

3 Ather  
brochenen  
Ramuris g  
Punkten die  
rith soll e  
wiffes. Ber  
Zante nach  
nach Santa  
annehmen,  
die Gegend  
wieder; ma  
wieder aufg  
jüngsten Th  
gung und  
Mauroforda  
so gut sie e  
tigend einzu  
nern der Ho  
Ruhe gebild  
rung durch  
sandten der  
Ein junger  
tiger Rajab  
bei seiner l  
dem Bureau  
langte er jel

dazu und zu zwangsweiser Abänderung ihrer Maßregeln erfolgt. Diesmal kann derselbe nicht auf Bürgschaft entlassen werden, weil die angeführte Acte das nicht gestattet.

— In **Gibraltar** traf am 5. Mai der Oberst Fitz mit dringenden Depeschen von Madrid ein. Sie sollen sich auf Besorgnisse wegen Aufständen in den spanischen Provinzen am Mittelmeer und das Verlangen beziehen, einige britische Kriegsschiffe in diese Gewässer zu eventueller Unterstützung der Regierung zu senden. Ein Besuch des Gouverneurs von Algeiras, General Lara, bei dem von Gibraltar, Sir Rob. Wilson, wurde mit demselben Umstand in Verbindung gebracht, und in Cadix erzählt man sich schon, daß man bald einen Theil von Sir Ch. Napier's Flotte würde zu sehen bekommen.

— Die Aussichten für eine baldige regelmäßige Dampfschiffverbindung zwischen England und den australischen Ansiedlungen scheinen sich zu mehren. Für drei Viertel der Entfernung ist durch die Dampfschiffslinie nach Singapur bereits vorhanden, und von da aus wird jetzt nach angestellten Untersuchungen die Fahrt östlich über Batavia und durch die Torresstraße als eine zu allen Jahreszeiten vorzüglich sichere empfohlen. Australien würde auf diese Art einerseits mit China, andererseits mit Britisch-Ostindien in regelmäßige Verbindung kommen. Von Sydney würden die Posten nach den australischen Ansiedlungen leicht befördert werden, indem von da nach Melbourne und Adelaide regelmäßige Landposten schon bestehen und zwischen Sydney und Port-Philipp und Launceston Dampfschiffe regelmäßig fahren, die Beförderung nach Swanriver und Neuseeland aber leicht würde eingerichtet werden können.

— Ein Journal von Portsmouth schreibt wie von einer ausgemachten Sache von einem nahen Ministerwechsel. Sir R. Peel würde wieder ans Ruder kommen, ein neues auf Ersparnisse begründetes Finanzsystem, die Wahl- und parlamentarische Reform einführen. Das Alles sei jüngst in Osbornehouse während eines Besuchs des edlen Baronets am Hofe ausgemacht worden.

### Dänemark.

**Kopenhagen, 14. Mai.** Die Zahl der aufgebrachten Schiffe beträgt circa 80, wovon besonders die hamburger werthvolle Ladungen enthalten. Diese werden nun allmähig in den Hafen gebracht und vorläufige Verklarung der Besatzung aufgenommen. Noch scheint aber das Prisengericht nicht in Wirksamkeit getreten zu sein und daher auch keine Condemnirungen soweit vorgekommen. Das Eigenthum der laut königl. Verordnung vom 29. April als mit uns im Kriege bezeichneten Staaten wird alles gleich behandelt werden. Den Schiffen steht es frei, sich hier ihre Commissionaire zu wählen, und sind sie ebenso wenig wie die Mannschaft einem Zwang unterworfen; es wird ihnen täglich 1 Mark, den Steuerleuten 3 Mk., den Matrosen 1 Mk. 8 Schill. verabreicht. — Am Bord eines hamburger Schiffes, welches hier aufgebracht worden, befanden sich drei österreichische Unterthanen aus Böhmen, die nebst Hab und Gut auf ihr desfalliges Ansuchen sogleich freigegeben wurden. (H. C.)

### Schweden und Norwegen.

Die Gothenburger Handels- und Schiffszeitung vom 11. Mai meldet aus **Stockholm**, daß dort der russische Großfürst Konstantin angekommen sei, um sogleich seine Reise nach Kopenhagen fortzusetzen.

### Griechenland.

**Athen, 8. Mai.** Velenhas ist mit seiner in Phthiotis eingebrochenen Schar durch die Regierungstruppen unter Generalleutnant Ramuris geschlagen worden, wogegen sich an den andern insurgirten Punkten die Macht der Rebellen zu verstärken scheint. Auch in Korinth soll es unruhig hergehen; doch weiß man von dort nichts Gewisses. Verdächtig zum mindesten ist es, daß Kalergis plötzlich von Zante nach Patras und der berühmte Theodor Grivas von Albanien nach Santa Maura sich übergeschifft hat. Man darf mit Gewißheit annehmen, daß Letzterer nächstens in Akarnanien erscheinen wird, um die Gegend aufzuwiegen. Auch Krieziotis, der Einarmige, rührt sich wieder; man erzählt sich, daß er von seinem Verbannungsorte Brussa wieder aufgebrochen und bereits auf Euböa, dem Schauplatz seiner jüngsten Thaten, angelangt sei. In der Residenz selbst herrscht Aufregung und Besorgniß, die von Demagogen, Hetärissen, Antidynastikern, Maurofordatissen unterhalten und angefacht wird. Die Regierung sucht so gut sie es vermag, durch Proclamationen und Maßregeln beschwichtigend einzugreifen; die Garnison ward verstärkt und aus den Einwohnern der Hauptstadt eine Art von Sicherheitswache zur Erhaltung der Ruhe gebildet. Mit neuen Verlegenheiten sieht sich sodann die Regierung durch ein Attentat bedroht, welches am 5. Mai gegen den Gesandten der Pforte, Hrn. Mussurus, begangen wurde. (Nr. 140.) Ein junger Mensch von 18—20 Jahren, ein aus Konstantinopel gebürtiger Rajab der Pforte von guter Familie, war von Hrn. Mussurus bei seiner letzten Rückkehr hierher mitgebracht und im Hause wie auf dem Bureau zu mancherlei Diensten verwendet worden. Zuletzt verlangte er jedoch seinen Abschied, da er eigentlich seiner Studien wegen

nach Athen gekommen war. Er erhielt die Entlassung, doch nicht den zugleich erbetenen Gesandtschaftspasß, ebensowenig das verlangte Attest, auf Grund dessen ihm ein griechischer Pasß hätte ausgestellt werden können. Persönliche Rache für diese Verletzungen trieb den jungen Mann zu der verwegenen That. Er drang an dem genannten Tage, am Feste des heiligen Georg, in das Zimmer des Gesandten, feuerte, wie man sagt in Anwesenheit seiner Gemahlin, ein Pistol auf ihn ab und durchschoss den Ellenbogen des rechten Arms. Ein türkischer Unterthan hat den türkischen Gesandten angegriffen, aber die That geschah in der griechischen Hauptstadt, von einem griechischen Stammesgenossen, der im Moment der Ausführung mit einem Lebehoch auf Griechenland sich Muth gemacht haben soll, und das gibt dem Unternehmen doch immer den Schein eines politischen Zweckes. Auch die Strafen durchlief der Thäter, nachdem er aus dem Zimmer entkommen war, unter dem Rufe, daß er einen der Tyrannen Griechenlands habe morde wollen. Doch ward er von Bürgern und Soldaten ergriffen, ins Gefängniß gebracht und sogleich ins Verhör genommen. Die Untersuchung wird mit aller Strenge geleitet, und um jeden Schein der Parteilichkeit oder fremdartiger Einflüsterung fern zu halten, wird sowohl zur Untersuchung ein Attaché der Gesandtschaft, wie auch zu dem wachhabenden Personal ein Diener aus dem Gesandtschaftshotel zugezogen. Mussurus' Wunde ist sehr schmerzhaft, doch versichern die Aerzte, die vollkommene Wiederherstellung sei möglich, ohne daß eine Amputation nöthig oder eine Lähmung zu befürchten wäre.

### Moldau und Walachei.

**Bukarescht, 27. April.** Sieben Bojarenöhne, die sich in Braila unter den Schutz des englischen Consuls begaben, sind dem russischen Consul, jedoch nur unter der Bedingung ausgeliefert worden, daß ihr Leben und ihre persönliche Freiheit auf türkischem Gebiete, wohin sie gebracht wurden, nicht gefährdet sein solle. — Dem Fürsten Stourdza scheint ein Wink gegeben worden zu sein, seine Leibgarde, aus 300 Arnauten bestehend, zu entlassen. Er habe sich diesfalls an Rußland gewendet, daß man ihm dann ein Bataillon russische Truppen zur Erhaltung der Ruhe nach Jassy schicken möchte. — In Bukarescht ist Alles ruhig. Einige der jüngern Bojaren sollen sich indessen auf ihre Landgüter begeben haben, um ihre Bauern frei zu machen. (Dest. 3.)

### Die Geldfrage.

Gegenwärtig, wo es die Aufgabe unserer Zeit zu sein scheint, alles Bestehende über den Haufen zu werfen, bedroht uns die Gefahr, neben dem Falschen, das in unsern bisherigen Verhältnissen gewiß vielfach vorhanden war, auch dasjenige Wahre und Richtige, das unbestreitbar in der Basis unserer gesellschaftlichen Zustände nicht gefehlt hat und ohne welches letztere gar nicht zur Wirklichkeit gediehen wären, als Rehrich mit ausgelegt zu sehen. Es werden Grundsätze der Wissenschaft in ihrer Anwendung auf das praktische Leben hinweggelugnet, mit Scheingründen und falschen Consequenzen aus der Praxis eine an sich richtige Theorie angegriffen und verdammt. Des Dichters Ausspruch: „Grau, Freund, ist alle Theorie, grün ist des Lebens goldner Baum“ hat, weil mißverstanden, das Seinige dazu beigetragen, der Praxis Anhänger auf Kosten der Theorie zu verschaffen, indem diese nicht bedenken, daß nur diejenige Theorie gemeint ist, die die Praxis aus sich ableiten will, während die wahre Theorie erst aus der Praxis entspringt und stets die Quintessenz derselben bleiben wird. Nach dem alten noch nicht widerlegten philosophischen Grundsatz: „Nihil est in intellectu quod non fuerit in sensu“, gibt es keine Idee, keinen Begriff, der nicht in sinnlicher Anschauung seinen Ursprung hat, folglich keine Theorie, die nicht in praktischer Wirklichkeit ihre Begründung findet. Eine Verkennung dieser Wahrheit zeigt sich deutlich in dem Bestreben mancher Partei nach derartigen socialen Reformen, wie Organisation der Arbeit u. dgl., die in ihrer neuen Volkswirtschaftslehre alle die Grundsätze unbeachtet läßt, die der bisherigen Theorie ihre Ausführbarkeit verliehen. Dieselben unglücklichen Speculationen, die Frankreich vor unsern Augen unternimmt, sind wir als getreue Sklaven der Mode nur zu geneigt, nachzumachen, nur daß wir, da deutsche Zustände ihrer ersten gewaltsamen Revolution unterliegen, einige Präcedentien der französischen Revolution von 1789 noch nachzuholen haben, wozu insbesondere der durch verkehrte Finanzmaßregeln herbeigeführte Nationalbankrott gehört. Die Theorie des Finanzwesens hat damals einen wesentlichen Zuwachs erlangt in dem Erfolge des Law'schen Projects, sie hat den Gründen für die Unhaltbarkeit eines künstlich erschaffenen Reichthums neue Beweise hinzugefügt; gleichwohl werden auch bei uns praktische Stimmen laut, die den Pfad der Theorie zu verlassen auffodern, um uns mit der Leuchte des Irrlichts in den Sumpf zu führen.

In keinem Staate, in keiner Provinz Deutschlands ist der Verkehr ungestört geblieben; gewaltsame Auflösung bestandener Handelsverbindungen mit Frankreich und Italien, geschwundener Credit im Inlande haben unsere Circulationsmittel momentan theils verringert,

theils und hauptsächlich aber so außer Wirksamkeit versetzt, daß die Furcht eines nahe bevorstehenden allgemeinen Bankrotts des Handelsstandes und der Industrie, die durch einen langen Frieden etwas allzu lähn geworden waren, nicht so ganz unbegründet erscheint. Daher diese maßlosen Anforderungen an die Regierungen, dem Handel und der Industrie Unterstützungen angedeihen zu lassen, daher bei der Unmöglichkeit, aus den erschöpften Kassen Vorschüsse zu machen, diese Masse von Finanzprojecten zur Herstellung künstlicher Mittel, zum Theil hervorgegangen aus höchst einseitiger Beurtheilung der Verhältnisse und zur Befriedigung selbstsüchtiger Interessen, zum Theil aus gemeinnütziger Absicht, doch mangelnder Befähigung. Es wäre nicht zu verwundern, wenn bei solchem Andrängen selbst die neuen aus dem Vertrauen des Volks hervorgegangenen Regierungen und Behörden sich aus der richtigen Bahn und zur Ausführung von Projecten drängen ließen, deren Erfolg für die Gesamtheit höchst traurig sein möchte.

So lautet ein der preussischen Regierung vorgelegter, und wie es heißt, nicht unbefällig aufgenommener Plan, dessen Beleuchtung um so dringender erscheint, als er auch für die andern deutschen Staaten bei dem demnächst in Frankfurt a. M. zusammentretenden Volksparlamente als Vorlage erscheinen dürfte, in der Hauptsache dahin: „Der Staat solle sämtliche fertige und im Bau begriffene Eisenbahnen zum Kurse eines bestimmten Tages an sich bringen und mit zu diesem Zweck zu creirenden Kassen- oder Eisenbahnscheinen, die zu porteur lauten, zu bezahlen.“ Ehe wir den Plan selbst einer Beurtheilung unterwerfen, wird es nöthig sein, einige Bemerkungen vorauszuschicken, die sich auf die so häufig mißverständenen Begriffe Geld, Papiergeld und Staatspapiere beziehen und deren präcise Feststellung einzeln und im Verhältniß zu einander wesentlich die Beurtheilung finanzieller Maßregeln ermöglicht und erleichtert. Der Begriff Geld zuvörderst hat eine allgemeine und eine specielle Bedeutung: allgemein bedeutet es alle beweglichen und unbeweglichen Güter, deren Werth sich durch ein über- eingekommenes Erfaß-, Vergütungs- und Tauschmittel bestimmen läßt; speciell bedeutet es dieses Erfaß- und Tauschmittel selbst, gegen welches man sich die übrigen Dinge von Geltung und Werth, d. h. die verschiedenen Mittel zur Befriedigung der nöthigen Bedürfnisse, zur Bequemlichkeit, zum Vergnügen verschaffen kann, kurz das herkömmliche und gesetzmäßig eingeführte Ausgleichungsmittel alles Dessen, was Gegenstand des Kaufs ist. In der speciellen Bedeutung nun stellt sich Geld auf doppelte Weise dar: a) in wirklichem Gelde; b) in fingirtem (erdichtetem) Gelde.

Das wirkliche Geld besteht in den Metallen Gold und Silber (von Kupfergeld kann als Aushülfe für zu kleine Silbertheile nicht die Rede sein), die vermöge ihrer verhältnißmäßigen Seltenheit, ihrer relativen Unvergänglichkeit, geringem Volumen, Transportabilität, unendlichen Theilbarkeit ohne Verringerung des Totalwerthes und vollkommener Gleichheit im reinen Zustande, gleichviel aus welchem Erdtheile oder welchem Lande sie sind, am besten sich zu einem allgemeinen Ausgleichungsmittel für alle Völker eignen. Zu größerer Bequemlichkeit hat man diese Metalle in Stücke von bestimmtem Gewicht und Feinheit des Gehalts nebst darauf geprägter Angabe beider getheilt, d. h. Münzen geprägt. Diese Münzen nun, oder jedenfalls ihr Material, das Gold und Silber, bilden für fast alle Nationen der Erde das Mittel gegenfeitigen Verkehrs. Etwas Anderes ist es mit dem fingirten Gelde. Dieses besteht bei rohen Völkern in Kokosnüssen, Muscheln, Federn u. c., bei cultivirten Völkern in Papierstückchen mit der Angabe des Werthes einer oder einer Anzahl Münze, und dient stets nur dazu, den gegenfeitigen innern Verkehr eines Volkes zu vermitteln, da ihm kein allgemein anerkannter Werth beimohnt. Als Fundament des Papiergeldes sind die im Lande befindlichen baaren Summen, als seine Bedingung zum Verkehr der Credit zu betrachten. Das erste Papiergeld entstand wol durch Bildung von Zettelbanken, die ursprünglich der Bequemlichkeit halber Scheine auf einen gewissen Werth ausstellten, der jederzeit bei der Bank in edlen Metallen zur Verfügung des Inhabers lag. Die Sicherheit solcher Institute und der Credit, der ihnen zu Theil wurde, erlaubte ihnen auch später einen größern Betrag in Papiergeld auszugeben, als sie in baaren Metallen vorräthig hatten, vorausgesetzt, daß der Werth in anderer Weise, z. B. in Landesproducten, vorhanden war. Dennoch lag es stets im Interesse der Bank, diese Notenausgabe nur in einem mäßigen Ueberschreitungsverhältniß zum baaren Fonds, und mit gehöriger Rücksicht auf die Verpflichtung sofortiger Auswechslung stattfinden zu lassen, welche Umstände wesentlich dazu beitragen, die Solidität der Bank und damit ihre Befähigung zur Notenausgabe, sowie den Werth der Noten selbst, zu bestimmen. Auf diese Weise ergeben sich die Vortheile der Banknoten oder des Papiergeldes in einem Staate, so lange die Staatsangehörigen in der Meinung gehalten werden, daß die Note oder der Papiertaler eben so gut sei als der Silberwerth auf den sie lauten. Sobald dieses Vertrauen im Lande allgemein da ist, erklärt sich ferner die Möglichkeit der Verbreitung eines Papiergeldes ins Ausland, wohin es so lange circulirt wird, als der Ausländer es sicher hält und namentlich Mittel weiß, es wenn er will in baares Geld zu verwandeln. Es ist also

wohl zu merken, daß nicht das Vorhandensein des Werthes überhaupt, sondern das Vorhandensein oder wenigstens die Möglichkeit der Beschaffung desselben in edlen Metallen dem Papiergelde den Werth verleiht. Sonach wird es auch deutlich, daß, wenn von Geldmangel die Rede ist, nur Geld im speciellen Sinne darunter verstanden sein kann, sowie daß durch Creirung vom Papiergelde, dem nicht Baarvorräthe als Hypothekenspfand zu Grunde liegen, auch demselben nicht abgeholfen, vielmehr derselbe erhöht werden kann. So lange nämlich eine Bank oder ein Staat Vertrauen genießt, so lange wird vom größern Publicum die Sicherheit des Papiergeldes nicht in Zweifel gezogen, da es in ruhigen Zeiten selten in großen Summen die Feuerprobe der Auswechslung zu bestehen hat. Wird aber dieses Vertrauen durch irgend eine merkantilische oder politische Krise auch nur leise erschüttert, so tauchen allseitig Reflectionen über die Solidität auf; findet sich, daß mehr Papiergeld circulirt als mit den Baarmitteln der Bank oder des Staates verträglich ist, so verliert das Papiergeld an Vertrauen und dadurch an Werth, hört also auf die Stelle des wirklichen Geldes zu vertreten. Da aber eine Entwerthung nicht allein das Uebermaß des Papiergeldes, sondern gleichzeitig alles Papiergeld derselben Kategorie trifft, so geräth das bisher fundirte Papiergeld ebenfalls in Miscredit, die Circulation wird gestört, das heißt mit andern Worten, der Geldmangel wird erst recht hervorgerufen. Staatspapiere endlich bilden etwas für sich Bestehendes, das mit dem Gelde und Papiergelde wol in gewissen Wechselbeziehungen steht, doch keineswegs in so unmittelbaren und directen wie man im Leben wol anzunehmen geneigt ist, daß sogar alle drei Begriffe nicht selten mit einander verwechselt werden. Staatspapiere repräsentiren nichts weiter als capitalisirte Steuern, wie die Geschichte der Entstehung jedes Staatspapiers beweist. Wenn die Bedürfnisse, die Ausgaben eines Staates seine Einnahmen übersteigen, so gibt es zweierlei Mittel das Deficit zu decken. Naturgemäß wäre es, die Abgaben, welche die Einnahmequelle bilden, um so viel als das Deficit erfordert, zu erhöhen; doch treten Verhältnisse ein, die eine plötzliche bedeutende Steigerung der Abgaben als unpolitisch erscheinen lassen. Jede Regierung tritt bei Ausschreibung einer neuen Steuer mit dem Volke in Opposition; je bedeutender die Steuer, desto größer die Opposition, die sich bis zur Gefahr für die Existenz der Regierung steigern kann. Außerdem ist der Weg der Steuererhebung für plötzliche dringende Bedürfnisse hinsichtlich der Langsamkeit des Resultates oft ungeeignet. Diese und noch andere Gründe, deren Ausführung nicht hierhergehört, gaben Veranlassung zu Einführung der Staatsanleihen. Man machte, um das Deficit zu decken, bei inländischen oder auswärtigen Capitalisten, gewöhnlich durch Vermittlung einzelner, vorzugsweise bedeutender Capitalisten Anleihen, stellte diesen darüber Schuldscheine aus, in denen als hypothekarische Sicherheit für die angeliehene Summe entweder das gesammte Staatseigenthum oder einzelne Theile desselben bestellt wurden, und traf zugleich zur Bequemlichkeit der Darleiher die Einrichtung, nicht über die empfangene Summe in einem Schuldschein zu quittiren, sondern Partialschuldscheine zu ein Tausendstel, Zehntausendstel u. c. des Betrags auszustellen. Diese Partialschuldscheine der ganzen Anleihe gingen allmählig aus den Händen der ursprünglichen Darleiher in die Hände kleiner Capitalisten über und bildeten ihrerseits durch die Verzinsung den Inhabern eine Rente, die aus den Taschen der Steuerpflichtigen fließt. Diese Verzinsung ist also die Verzinsung früherer, nicht erhobener Steuern, mithin stellen, wie schon gesagt, Staatspapiere oder Staatsschuldscheine Capitalisirungen einer Steuer dar. Daß von wirklicher Rückzahlung selten die Rede ist, beweist die Erfahrung, indem die zur Abtragung oder Amortisirung der Schuld aufgewendeten Geldmittel in der Regel erst durch neue Anleihen, d. h. Ausgabe neuer Staatspapiere, beschafft werden.

Will man demnach Staatspapiere mit Papiergeld vergleichen, so ist das Verhältniß beider fingirter Werthe wie das Verhältniß der beiden reellen Werthe, — Geld in der allgemeinen zu Geld in der speciellen Bedeutung, nach der frühern Erklärung. Aus diesem Verhältniß ergibt sich wieder die Möglichkeit, die Schuldenlast eines Staates durch Staatspapiere zu vermehren, ohne den Nationalwohlstand wesentlich zu beeinträchtigen, da, jemeht das Nationalvermögen durch Cultur und Industrie vergrößert wird, desto größer auch die hypothekarische Belastung und die fingirte Darstellung desselben sein darf. Die Vermehrung des Papiergeldes dagegen tritt häufig grade unter der umgekehrten Bedingung ins Leben, sobald sich nämlich der von ihm dargestellte Werth „baares Geld“ vermindert hat, kann aber auch dann keinen andern Erfolg haben, als die Handelsverbindung eines Volkes mit andern Völkern zu stören und es in seinem Verkehre zu isoliren, und da ferner ein civilisirtes Volk den Verkehr mit andern Völkern nicht entbehren kann, auch die Auflösung des innern Verkehrs und des eignen gesellschaftlichen Zustandes herbeizuführen. Nach diesen nothwendigen Vorbemerkungen, die der Mehrzahl der Leser zwar bekannt sind, deren Anwendung aber nur zu häufig außer Acht gelassen wird, läßt sich der Erfolg des in Preußen vorgeschlagenen Finanzprojectes in um so schärfern Conturen herausstellen: „Der Staat übernimmt von

den Privaten auszu-  
gen auszu-  
in der Pa-  
Modus ei-  
fassung, d-  
nach dem  
andere, gr-  
weise zu e-  
hen, wir-  
trachten  
vörderst w-  
in Ausfich-  
Vobredner-  
Eisenbahne-  
den, indem  
Förderung  
gen Instit-  
nicht das  
reicher für  
zersplitterte  
fachte Ver-  
Fahrpreise,  
erhöhte De-  
obigen Pl-  
Vortheile f-  
begriffener  
keinen Extr-  
veranlaßt  
zusehen; m-  
Käufer zu  
noch etwas  
tragung der  
erlangen.  
falls enthäl-  
ohne Zeman-  
Gewißheit  
Handels un-  
Millionen  
der als je g-  
der drückend-  
die als Bez-  
lösung mitt-  
versehen, so  
30 Jahren  
Eigenthümer  
leihe deshalb  
Solche  
nun zur Kel-  
ganzen Plan  
bewirken, w-  
geld. Der  
Kaufgeld bez-  
Auswechslur-  
eine 3 1/2 proc-  
daß als Ga-  
darauf, daß  
aber nicht für  
geldes nur b-  
daß beispiels-  
selungsrecht  
Nennwerth d-  
daß dieses A-  
doch von der  
sofern ausgeü-  
theils durch  
theils durch  
aller zu erhe-  
locale Anhäu-  
entsprechende  
ersehen gewes-  
Papiergeldes  
und von da n-  
oben angebe-  
handensein ent-  
den Umstand,  
reich durch öff-  
verfügen könn-  
kleineren Stäl-  
circulirt. Wer-  
fungen ausgeg-

den Privaten sämtliche Eisenbahnen durch Erwerbung der Actien gegen auszugebendes unverzinsliches Papiergeld, so lautet das Project in der Hauptsache. Die Nebenbedingungen der Ausführung, z. B. der Modus einer zwangweisen Expropriation oder einer freiwilligen Ueberlassung, die für die verschiedenen Linien festzusetzenden Werthe, sei es nach dem Ertrage, sei es nach dem Curswerth der Actien, und mehre andere, große Schwierigkeiten in Aussicht stellende, aber doch möglicherweise zu erledigende Punkte, wollen wir hierbei nicht in Betracht ziehen, wir wollen das Project als ein ausgeführtes *sait accompli* betrachten und uns lediglich die Wirkungen klar zu machen suchen. Zuvörderst wollen wir die Vortheile aufführen, die der Plan scheinbar in Aussicht stellt, da sie es sind, die demselben bereits ziemlich viele Lobredner und Vertheidiger geschafft haben. Die Uebernahme der Eisenbahnen durch den Staat hat schon früher viele Anhänger gefunden, indem man von dem Gesichtspunkte ausging, daß die Leitung und Förderung eines für den Verkehr und damit für die Cultur so wichtigen Instituts unter einer Centralleitung, und zwar einer solchen, die nicht das einseitige Interesse der Actionaire allein vertrat, viel segensreicher für das Allgemeine wirken könne, als unter ihrer bisherigen zersplitterten Verwaltung. Man hat vorausgesetzt, daß eine vereinfachte Verwaltung eine wohlfeilere sein müsse und daher auch die Fahrpreise, namentlich aber die Frachten erniedrigt und dadurch eine erhöhte Belebung des Verkehrs eintreten würde. Die Anhänger des obigen Planes verbinden mit dessen Ausführung indeß noch directe Vortheile für den Einzelnen. Die Actien mancher, namentlich im Bau begriffener Bahnen gewähren bis dato den Inhabern wenig oder gar keinen Ertrag, dazu die Unmöglichkeit augenblicklicher Verwerthung veranlaßt Viele, die darin aufgewandten Capitalien als verlorene anzusehen; welche erfreuliche Aussicht daher für Diese, plötzlich einen Käufer für ihren Actien zu finden und von dem verlorenen Seglaubten noch etwas retten zu können, ja vielleicht die Aussicht, durch Uebertragung der guten auf die schlechten Bahnen den vollen Nennwerth zu erlangen. Wie dieser letzte Punkt auch erledigt werden würde, jedenfalls enthält der Plan (anscheinend) die Möglichkeit, Vielen zu helfen, ohne Jemandem zu schaden, er enthält sogar für seine Anhänger die Gewißheit eines Universalmittels gegen die jetzigen Stockungen unsers Handels und unsrer Industrie, er verwandelt plötzlich für 80—100 Millionen Actien in Geld, womit sich der gesunkene Verkehr blühender als je gestalten wird. Außerdem löst der Staat sich zugleich von der drückenden Zinsgarantie für mehre Bahnen und ist zuletzt befähigt, die als Bezahlung der Actien emittirten Scheine durch jährliche Einlösung mittels des Ertragüberschusses mit hinlänglicher Garantie zu versehen, so daß der Ueberschuß, zu  $3\frac{1}{2}$  Proc. gerechnet, in ca. 28—30 Jahren das papierne Kaufgeld eingelöst und der Staat wirklicher Eigenthümer der Bahnen sein würde, ohne auch nur die geringste Anleihe deshalb gemacht zu haben.

Solche Aussichten sind allerdings verlockend; wenden wir uns aber nun zur Rehrseite des Bildes, in der ein einziger Punkt genügt, den ganzen Plan zu zertrümmern und gerade das Gegentheil von dem zu bewirken, was man erwartete; es ist dies das selbstgeschaffene Kaufgeld. Der Kauf zwischen Staat und Privaten ist geschlossen, das Kaufgeld bezahlt in — Papiergeld, d. h. in Papiergeld, dem keine Auswechslungssachen zu Gebote stehen und dessen einzige Garantie eine  $3\frac{1}{2}$  procentige Amortisation pro anno bildet. Man wendet ein, daß als Garantie die Eisenbahnen selbst vorhanden, wir antworten darauf, daß Eisenbahnen wol Garantie für Staatspapiere und Actien, aber nicht für Papiergeld sein können, da die einzige Garantie des Papiergeldes nur baares Geld oder edles Metall ist. Man wendet ferner ein, daß beispielsweise das preussische Papiergeld bisher nie das Auswechslungsrecht in öffentlichen Kassen besessen, trotzdem aber seinen vollen Nennwerth dem Papiergelde gegenüber behauptet habe. Wir erwidern, daß dieses Auswechslungsrecht allerdings nicht formell vorhanden, jedoch von der preussischen Regierung factisch auf freiwillige Weise in sofern ausgeübt worden sei, als sie stets Sorge dafür getragen hat, theils durch Vermittlung ihrer Seehandlungs- und Bankcomptoire, theils durch das den öffentlichen Kassen bewilligte Recht, ein Drittel aller zu erhebenden Beträge in Papiergeld verlangen zu dürfen, eine locale Anhäufung des Papiergeldes überall da zu verhüten, wo der entsprechende Werth auf Erfordern nicht sofort durch baares Geld zu ersetzen gewesen wäre. Auf diese Weise ist ein regelmäßiger Umlauf des Papiergeldes aus den Hauptstädten und Handelsplätzen in die Provinzen und von da wieder in erstere unterhalten worden, ohne daß irgendwo die oben angegebene Grundbedingung des Credits für Papiergeld, das Vorhandensein entsprechender baarer Mittel gestört worden wäre. Dies erklärt den Umstand, daß in Hauptstädten und Handelsplätzen, die in ihrem Bereiche durch öffentliche und Privatbanken über bedeutende baare Summen verfügen können, auch das Papiergeld in größerem Maße, dagegen in kleineren Städten und in den Provinzen in viel geringerem Maßstab circulirt. Wenn übrigens die preussische Regierung bisher Kassenanweisungen ausgegeben hat, so that sie es wahrlich nicht, um dem Staate

mehr Geldmittel als er ursprünglich besitzt, zu verschaffen (eine Sache der Unmöglichkeit), sondern lediglich um das fortwährend in öffentlichen Kassen befindliche Geld dem allgemeinen Verkehre nicht zu entziehen, vielmehr solches durch die Kassenanweisungen repräsentiren zu lassen. Erfolgt aber plötzlich die Ausgabe neuer 80 oder 100 Millionen in Scheinen, für die kein baarer Werth existirt, so heißt dies auch nichts weiter als dem Verkehre ein werthloses Circulationsmittel überweisen. Man wird uns hierauf vielleicht entgegen, daß den Inhabern dieser Scheine, preussischen Unterthanen, die Bürgschaft ihrer Regierung bis zur völligen Amortisation nach circa 30 Jahren genüge, daß, da dieses Zahlungsmittel nur zur inneren Circulation bestimmt sei, dessen Credit im Auslande sie wenig kümmern, und allgemeines Vertrauen für den inneren Verkehr ihm den nöthigen Werth verleihe. Wir wollen dieses Vertrauensvotum gebührend honoriren, und uns demnach vorstellen, das Land sei außer seinen ursprünglichen realen und fundirten Circulationsmitteln, die sich, wenn auch in Stockungen gerathen, doch nicht wesentlich verringert haben), plötzlich mit 80 bis 100 Millionen extra versehen worden. Jetzt also beginnt der Aufschwung des Handels und der Industrie insofern die neu hinzugekommene Summe ebenfalls fruchtbringend angelegt werden soll; da nun aber die Besitzthümer, die durch das vorhandene Geld käuflich sind, d. h. die Grundstücke, Waaren, Producte u. s. w. sich nicht vermehrt haben, also die repräsentirenden Werthe die repräsentirten übersteigen, so entstehen im Verkehre zwei Alternativen: entweder erhöht sich der Werth der Besitzthümer oder es vermindert sich der Werth des Geldes. D. h. wenn z. B. 160 Millionen Thaler Circulationsmittel, wofür ein bestimmtes Quantum Getreide, Grundstücke, Fabrikate u. s. w. vorhanden war, sich plötzlich um 80 Millionen vermehren, so müssen entweder die sämtlichen 240 Millionen Thaler Circulationsmittel sich im Werthe um  $\frac{1}{2}$  reduciren, oder wenn sie ihren vollen Werth behalten sollen, alle vorhandenen Besitzthümer an Getreide, Grundstücke und Fabrikate um  $\frac{1}{2}$  im Werthe, d. h. im Preise steigen. Beides würde gleiche Wirkung haben. Angenommen der erste Fall trete ein und der Werthe des Geldes als Repräsentationsmittel überhaupt vermindert sich im Lande, so ist es natürlich, daß baares Geld ins Ausland geht, wo es um  $\frac{1}{2}$  mehr gilt als im Inlande. Diese Erfahrung würde dem baaren Gelde auch im Inlande bald einen um  $\frac{1}{2}$  höheren Werth gegen Papiergeld verleihen, d. h. den Werth des Papiergeldes um  $\frac{1}{2}$  reduciren. Man erinnere sich an Oesterreich und die Periode seines Staatsbankrottes, der die Bedeutungen der Währungen Gulden-Münz und Gulden-Schein verursachte. Je mehr Silbergeld nun ausgeführt würde, desto knapper müßte es im Lande werden, um desto mehr würde das Papiergeld im Werthe sinken, bis es mit dem gänzlichen Mangel an Silber auch gänzlich werthlos würde, und die Einstellung aller Baarzahlung, d. h. den Bankerott des Volkes herbeiführt. Wollen wir den anderen Fall ausführen, wo durch irgend welche Maßregeln der Werth des Geldes im Staate sich fixiren ließe, und wollten wir selbst das unausführbare Ideal einer vollkommenen Emancipation von anderen Völkern, eine chinesische Abgeschlossenheit uns vorstellen, so würden wir immer nicht bei einer Vermehrung der darstellenden Werthe die Preiserhöhung der dargestellten vermeiden können, wir würden, während wir früher für unseren Thaler 20 Pfund Brot kaufen konnten, jetzt zwar statt des 1 Thlr.  $1\frac{1}{2}$  Thlr. auszugeben haben, allein für  $1\frac{1}{2}$  Thlr. auch nur 20 Pfund Brot, d. h. für 1 Thlr. nur 15 Pfund bekomme, also mit einem Wort zu dem Resultate gelangen, daß wir weder unseren Wohlstand noch unsere Circulationsmittel in der Wirklichkeit vermehrt haben. Die vorstehenden Betrachtungen zeigen das Gefährliche aller finanziellen Operationen, die einer realen Grundlage ermangeln, und die in ihren Wesen von Taschenspielerkünsten sich nur dadurch unterscheiden, daß die der vorangegangenen Täuschung folgende Enttäuschung keine harmlose ist. Deshalb noch einmal, ihr berufenen und unberufenen Reformatoren der Gegenwart, hütet euch vor der Einführung von Praxen, für die sich keine Theorien finden lassen, hütet euch aus den Regelungen unserer Gesellschaft Wahrheiten zu verdrängen, nur weil sie der Vergangenheit gedient haben, und hütet euch, mit Irthümern zu experimentiren, wo die Wohlfahrt eines Volkes auf dem Spiele steht.

A. Fecht.

### Neueste Nachrichten.

Hannover, 18. Mai. Der König hat den Befehl ertheilt, daß fünf fernere Bataillone der Armee mobil gehalten würden. — Auszug einer Depesche des Generallieutenants Falkett aus Ulderup vom 16. Mai. In den nächsten Tagen sollte eine Veränderung in der Dislocation der Truppen des zehnten Armeecorps vorgenommen werden, und das Hauptquartier demzufolge am 18. Mai nach Upenrade kommen. Die Dänen waren am 16. Mai Morgens wieder mit zwei bis drei Compagnien bei Sonderburg-Fähr gelandet, um am zweiten Brückenkopfe zu arbeiten. Das mecklenburgische zweite Musketierbataillon unterhielt mit den Dänen ein wegen der Entfernung wirkungsloses Feuergefecht; da jedoch die Kanonenboote, welche auf unserm rechten Flügel wieder ein Gehößt anstreckten, die Trailleurlinie flankirten, so zog sich diese zurück und die Dänen folgten. Der Brigadecommandeur, Oberst Graf Ranzau, ließ, um das Gefecht zu beendigen, die Mecklenburger durch das zweite oldenburgische Bataillon ablösen, welches nach einem kurzen Feuergefechte durch einen Bayonnetangriff die Dänen zum raschen Umkehren und Einschiffen nöthigte. (Hann. Z.)

Verantwortliche Redaction: Professor Bülow.

Druck und Verlag von G. W. Brockhaus in Leipzig.

# U n t e r r i c h t u n g e n .

## Deutsche Kriegs-Seeemacht.

Von dem Wunsche durchdrungen, das große und dringende Werk der Errichtung einer deutschen Flotte mitzufördern zu helfen, erbitte ich mich zur Annahme und Beförderung von Hülfsgeldern an die zu dem Zwecke in den Seestädten eingesetzten Ausschüsse.

Mitgliedern des Handels- und Fabrikstandes dieser Gegend, der von unserer Schwäche zur See jetzt so viel zu leiden hat, wie allen braven Deutschen, die auch bei diesem Werke zur Vermehrung der Ehre, Wohlfahrt und Macht des Vaterlandes beitragen wollen, widme ich meine Vermittelung und werde seiner Zeit öffentlich Rechenschaft über bewerkstelligte Geldabhebungen ablegen.

Hohenstein bei Chemnitz, 15. Mai 1848.

[1881]

Gottfried Landgraff.

In neuer Auflage erschien im Verlage von August Campe in Hamburg und ist von F. W. Brockhaus in Leipzig durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

### H. C. Lloyd's

#### Theoretisch-praktische englische Sprachlehre für Deutsche.

Mit sachlichen Uebungen nach den Regeln der Sprache versehen.

Achte verbesserte Auflage.

8. 1848. 27 Ngr.

In demselben Verlage ist auch erschienen:

Lloyd (H. C.), Englische und deutsche Gespräche; ein Erleichterungsmittel für Anfänger. Nach S. Perrin bearbeitet. Nebst einer Sammlung besonderer Redensarten. Zehnte Auflage. 8. 1846. 20 Ngr.

\_\_\_\_\_, Uebersetzungsbuch aus dem Deutschen ins Englische. 8. 1832. 15 Ngr.

\_\_\_\_\_, Englisch-lesebuch. Eine Auswahl aus den besten neuern englischen Schriftstellern. 8. 1832. 25 Ngr.

Lloyd (H. C.) und G. S. Rödden, Neues englisch-deutsches und deutsch-englisches Handwörterbuch. Zweite Auflage. Zwei Theile. Gr. 8. 1836. Cart. 2 Thlr. 20 Ngr. [1886]

Im Verlage von Rob. Otto Schulze in Leipzig erschien:

## Politische Actenstücke

des deutschen Fürstenbundes

unter der Leitung des Fürsten Metternich.

Nebst Anhang: Die geh. preussische Denkschrift v. J. 1822.

Inhalt: Bundesacte. — Geh. Karlsbader Conferenz-Beschlüsse. — Wiener Schlussacte. — Bundestagsbeschlüsse vom 21. October 1830, 28. Juni und 5. Juli 1832. — Geh. Wiener Conferenz-Beschlüsse, sowie Druckstücke aus der Eröffnungs- und Schlussrede des Fürsten Metternich. — Geh. preuss. Denkschrift. Preis 1/2 Thlr. [1878]

## Schützenhaus.

### Zum Besten der hiesigen Armen

wird Herr B. Bosco Sonnabend den 20. Mai eine große Abendunterhaltung in ägyptischer Zauberei geben, worin er die glänzendsten Pièces seines reichen Repertoire vorführen will. Eine solche Unterstützung Armer, die stets heilsam und erwünscht ist, ist doppelt hoch in jetziger Zeit der Bedrängnis zu schätzen, und gewiß bedarf es nur dieser einfachen Notiz, um jedes Menschenfreundes Aufmerksamkeit auf die humanen Bestrebungen eines anerkannten Künstlers zu lenken, den ohnedies wir so bald nicht wiedersehen werden. Anfang 8 Uhr. Das Nähere durch die Anschlagzettel.

Sonntag den 21. Mai gibt Herr Bosco seine vorletzte Vorstellung. [1861—62]

Zur Erledigung der Frage, ob die Uebung im mündlichen und schriftlichen Gebrauche der lateinischen Sprache noch für zeitgemäss erachtet werden könne, liefert einen beachtenswerthen Beitrag die in Dresden und Leipzig bei Arnold erschienene Broschüre:

### Selbst das Latein eines Eichstaedt,

von dessen Lippen nach Herrn Stallbaum's Urtheile die Rede Latiums wie Milch und Honig fließt, als ein augenfälliges und handgreifliches „Jargon“ nachgewiesen durch Dr. Ney. [1863]

## Erklärung.

Das Constitutionelle Blatt aus Böhmen veröffentlicht ein sogenanntes Protokoll der Verhandlungen zwischen der Deputation des Frankfurter Junfziger Ausschusses und der neunten Section des Nationalausschusses in Prag, gegen dessen Richtigkeit und Vollständigkeit die Unterzeichneten entschieden protestiren müssen. Frankfurt a. M., den 13. Mai 1848.

Kanzler v. Wächter  
J. Kuranda  
Dr. Ernst Schilling

Mitglieder des Junfziger-Ausschusses.

Wenn Gemeinnützigkeit und Verständlichkeit des Inhalts, gute Ausstattung und größte Billigkeit des Preises die wesentlichsten Erfordernisse für ein Volksbuch sind, dann dürfen als

### echte Volksbücher

empfohlen werden:

Marheineke, Die Reformation, ihre Entstehung und Verbreitung in Deutschland. 112 Seiten. 5 Sgr.

Duller, Die Jesuiten, wie sie waren und wie sie sind. 112 Seiten. 4 Sgr.

Thieme, Anfangsgr. d. theor. und prakt. Chemie, nebst Anwend. auf d. Gewerbe; mit 47 Abbild. 240 Seiten 8. 12 Sgr.

Thieme, Die Physik in ihrer Beziehung zur Chemie. 286 Seiten. 8. 12 Sgr.

Thieme, Warum und Weil. (Eine Sammlung v. Populäre Naturlehre.) 124 Seiten 8. 10 Sgr.

Verlag von Carl F. Neumann [1744—46] in Berlin.

## Für Hühneraugen-Leidende

bin ich täglich von früh 9 bis 1 und Nachmittags von 2 bis 6 Uhr zu sprechen und bitte mir Bestellungen zur außerhäuslichen Praxis Tags zuvor, Querstraße, Stadt Breslau Nr. 8, zukommen zu lassen, woselbst ich auch den von mir gefertigten Hühneraugen- und Frostbalsam, sowie ein unschätzbares Mittel zur Reinigung der Zähne und gegen Zahnschmerzen und Sommersprossen die Schachtel à 2 1/2 bis 5 Ngr. verkaufe. [1854]

Auguste Dreiling, conc. Hühneraugen-Operateurin aus Danzig.

Eintritt als Associé. Es wünscht ein junger Kaufmann sich mit einer Baar-Einlage an einem lucrativen Geschäft zu betheiligen, und ist darüber Näheres mitzutheilen beauftragt das Comptoir von [1813] Clemens Warnecke in Braunschweig.

Ein gut empfohlener unverheiratheter Weber, gewandt im Rechnen und Schreiben, Scherens der Ketten, und in allen möglichen Comptoirarbeiten bewandert, wünscht unter sehr bescheidenen Ansprüchen entweder sofort oder bis Ende Juni d. J. eine feinen Kenntnissen angemessene Anstellung. Die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird die Güte haben, Adressen unter der Chiffre A. # 181 anzunehmen und weiter zu befördern. [1813]

Engagement-Gesuch. Ein von den achtbarsten Häusern empfohlener, bestens routinirter junger Mann, der für die größten Häuser in Hamburg, Leipzig und Frankfurt a. M. seit 12 Jahren alle Messen besucht und während dieser Zeit den Norden und Süden Deutschlands bereist hat, mit dem Comptoir- resp. Steuerwesen aus dem Grunde vertraut und in allen in- und ausländischen Manufacturbranchen vollständig eingeweiht ist, sucht, da sich sein jetziges Haus vom Geschäft zurückziehen beabsichtigt, unter ganz den jetzigen Zeitumständen angemessenen bescheidensten Ansprüchen ein anderes Engagement. Adressen poste restante Leipzig sub R. R. 3. [1884]

## Theater der Stadt Leipzig.

Sonnabend, 20. Mai. Graf Waldemar, Schauspiel in 5 Acten von G. Freitag.  
Sonntag, 21. Mai. Zum ersten Male: Die Erstürmung von Belgrad, Oper in 4 Acten. Musik von Julius Becker.

Sonn  
Geistl.  
erschient  
zu Seiner  
Postämter  
Ausf  
Deutschla  
lung. J  
A Frank  
den. Lan  
ländische  
v. Schre  
Ansiat i  
friesland  
Quart.  
strafe. I  
Wiesbad  
Berein.  
Die deut  
Preußen.  
gerist. S  
Hausirha  
Emanuel  
++ Bres  
Die Land  
nen. Aa  
Geistliche  
Oesterrei  
vingen. A  
der Bewe  
Das Cent  
Handel u  
Ankündig  
\*\* Fran  
lung ist he  
donner und  
ben sich die  
nach der Po  
Der Altersp  
hatte das P  
zen Anrede.  
ten, wie D  
Geschichte h  
warnt die L  
Ueberstürzen  
Festhalten a  
unter stürmi  
erklärt. So  
sammlung v  
und Segen  
Beantwortun  
Zig aus Ma  
Würde der  
ruf in versch  
aufmerksam  
Besondond  
vor. Abg. v  
und Schwarz  
nehmen und  
prüfen zu la  
Es entfi  
Minister v.  
starker Lunge  
v. Reden's  
menen Regle  
wird auf mo  
Herausgabe  
dem Volke  
sion zur Prü  
(Postabgang.  
Frank  
desverfam  
nator Souha  
lung ein. Se